

Alle Welt wurde vom Bankrott der DDR und der Wiedervereinigung überrascht. Auch der BND? Was wusste der Geheimdienst von den Erosions- und Zerfallserscheinungen in der DDR? Wie arbeitete er und zu welchen Ergebnissen gelangte er? Und wie versuchte er, seine Erkenntnisse in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einzuspeisen? Hermann Wentker, langjähriger Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, und Karl Feldmeyer, Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, stellen diese Fragen im Gespräch mit Hans-Georg Wieck, der von 1985 bis 1990 den Bundesnachrichtendienst leitete.

Hermann Wentker

Die DDR in den Augen des BND (1985–1990)

Ein Interview mit Dr. Hans-Georg Wieck

Als die DDR 1989 zusammenbrach, war dies von kaum jemandem vorausgesehen worden. Die seit 1982 regierende CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn pochte zwar auf die trotz der Teilung weiterhin bestehende Einheit der Nation, setzte ansonsten aber auf Kontinuität in der Deutschlandpolitik¹. Genauso wie sein Vorgänger Helmut Schmidt bekannte sich Helmut Kohl 1983 zu den durch das Grundgesetz vorgegebenen deutschlandpolitischen Positionen und forderte von der DDR, die am 9. Oktober 1980 vorgenommene Erhöhung des Zwangsumtauschs zurückzunehmen. Wenngleich die beiden Milliardenkredite von 1983 und 1984 auf finanzielle Nöte Ost-Berlins verwiesen, änderte dies nichts an der Auffassung innerhalb der Bundesregierung, dass die DDR, fest eingebunden in den Warschauer Pakt, politisch und wirtschaftlich einer der stabilsten Staaten des Ostblocks war².

Zwischen dem Honecker-Besuch 1987 und dem Mauerfall wandelte sich diese Einschätzung nur graduell. Der Führung in Bonn bot sich kein einheitliches Bild: Auf der einen Seite standen steigende Besucherzahlen aus der DDR, was eher auf Lockerungen als auf eine Verhärtung der Führung hindeutete, auf der anderen Seite Massenverhaftungen im Rahmen der Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 17. Januar 1988 sowie Repressionen gegenüber Regimegegnern³. Zwar hatte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble im Juni 1988 den Eindruck, die Lage in der DDR habe sich „nach eini-

¹ Vgl. den Auszug aus der Regierungserklärung vom 13. 10. 1983, in: Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986, S. 130 f., hier S. 130.

² Vgl. die Äußerung Kohls gegenüber Karl-Rudolf Korte, in: Ders., Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1988, Stuttgart 1998, S. 386.

³ Vgl. ebenda, S. 378; Hanns Jürgen Küsters, Entscheidung für die deutsche Einheit. Einführung in die Edition, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 40.

gen Schwierigkeiten eher wieder stabilisiert“; durch den weiter anhaltenden Ausreisandrang und öffentliche Reformdiskussionen sei die DDR-Führung indes „einem rasch steigenden Druck ihrer Bevölkerung ausgesetzt“. Am 9. September betonte er vor den Botschaftern der drei Westmächte, dass sich die innerdeutschen Beziehungen seit dem Honecker-Besuch zwar erfolgreich entwickelt hätten; gleichzeitig habe sich jedoch „die innere Situation in der DDR in dieser Zeit verschlechtert, zwar möglicherweise nicht objektiv, aber subjektiv in den Augen der Bevölkerung“⁴. Hinter diesen Äußerungen verbirgt sich eine erhebliche Unsicherheit bei der Beurteilung der Lage. Von ihrer Politik, alles zu vermeiden, was eine Destabilisierung der DDR beförderte, wlich die Bundesregierung aber nicht ab. Veränderungen konnten in der DDR nach ihrer Einschätzung nicht durch eine Bewegung „von unten“ erfolgen, sondern nur durch Reformen „von oben“.

Neben den Berichten der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, der politischen Abteilung des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in West-Berlin konnte der Bundeskanzler für Informationen aus der DDR auf den Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach zurückgreifen. Wie wurde dort die geostrategische Gesamtlage und, in deren Rahmen, die DDR eingeschätzt? Auf welche Weise gelangte der BND an Informationen über die DDR? Auf welche Resonanz stieß der BND mit seinen Berichten im Bundeskanzleramt? Der „Dienst“ hat zwar in den letzten Jahren erste Archivalien an das Bundesarchiv abgegeben, die zum Teil auch schon für die wissenschaftliche Forschung genutzt worden sind⁵. Zu den genannten Themen werden dessen Akten jedoch wohl noch auf lange Sicht verschlossen bleiben und jene des Bundeskanzleramts erst nach der gesetzlich vorgeschriebenen Sperrfrist für die Forschung vollständig zugänglich sein, so dass wir zur Beantwortung dieser Fragen einstweilen auf Auskünfte der damals beteiligten Personen angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund können die Einblicke, die Hans-Georg Wieck, Präsident des BND von 1985 bis 1990, in dem im Folgenden abgedruckten Gespräch in seine damaligen Analysen sowie in die Arbeitsweise des „Dienstes“ mit Blick auf die DDR gewährt, bereits heute weiterhelfen.

Hans-Georg Wieck wurde am 28. März 1928 in Hamburg geboren. Dort absolvierte er auch seine Schullaufbahn und, von 1947 bis 1952, sein Studium der Geschichte, Philosophie und des Öffentlichen Rechts, das er mit einer Promotion über „Die Entstehung der Christlich-Demokratischen Union und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945“⁶ abschloss. Zunächst setzte er seine Studien zur Parteienlandschaft der Bundesrepublik als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Hamburg fort⁷, 1954 entschied er sich aber für eine Laufbahn

⁴ Alle Zitate nach Korte, Deutschlandpolitik, S. 387 f.

⁵ Vgl. Armin Wagner/Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärsplionage in der DDR, Berlin 2007.

⁶ Gedruckt 1953 unter diesem Titel als Band 2 der Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

⁷ Vgl. Hans-Georg Wieck, Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945–1946, Düsseldorf 1958.

im Auswärtigen Dienst. Hier machte er rasch Karriere, die ihn anfangs an das Generalkonsulat in Antwerpen (1955/56), an die Botschaft in London und in das Referat Sowjetunion im Auswärtigen Amt führte (1957–1959). In dieser Funktion wirkte er in Moskau an den Verhandlungen über den ersten Handelsvertrag und ein Konsularabkommen mit; dabei wurde auch die diffizile Frage der Zusammenführung von im Krieg auseinandergerissenen deutschstämmigen Familien berührt. Nach seiner Tätigkeit bei der bundesdeutschen Beobachter-Mission bei den Vereinten Nationen in New York (1959/60) kam er in die politische Abteilung der Botschaft in Washington (1961–1965). Im Oktober 1965 kehrte er nach Bonn zurück, wo er stellvertretender Leiter des Referats „Wiedervereinigung“ wurde. Noch vor Ausbruch der Regierungskrise im Herbst 1966 betraute ihn Außenminister Gerhard Schröder mit der Leitung seines Ministerbüros⁸; die Einweisung in die entsprechende Planstelle erfolgte im November 1966. Schröder übernahm nach Bildung der Großen Koalition im Dezember desselben Jahres das Verteidigungsministerium; Wieck wurde vom Auswärtigen Amt in das Ministerium auf der Bonner Hardthöhe abgeordnet, wo er ebenfalls das Büro des Ministers leitete. Nach dem erneuten Regierungswechsel im Oktober 1969 und der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Helmut Schmidt wurde dort schon im Dezember ein Planungsstab unter dem Journalisten Theo Sommer von der Wochenzeitung „Die Zeit“ eingerichtet. Obwohl Wieck der CDU angehörte, wurde er zu Sommers Stellvertreter und nach dessen Rückkehr zur „Zeit“ im Juli 1970 von Schmidt zum Leiter des Planungsstabes ernannt. Im Februar 1974 kehrte Wieck ins Auswärtige Amt zurück. Ende Mai ging er als Botschafter nach Teheran – nach der Ölkrisis von 1973 einer der wichtigsten Auslandsposten im Auswärtigen Dienst. Seine nächste Verwendung führte ihn Anfang März 1977 als Botschafter nach Moskau. Im Oktober 1980 wechselte Wieck als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik zum NATO-Rat nach Brüssel⁹.

Schon vor 1985 war Wieck seiner eigenen Aussage zufolge einmal gefragt worden, ob er das Präsidentenamt beim BND übernehmen wolle; 1985 habe er „aus übergeordneten nationalen Gründen den Ruf nicht abweisen können“ (S. 331). Der am 1. August 1985 als Nachfolger von Eberhard Blum ernannte BND-Präsident Heribert Hellenbroich, der vorher das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geleitet hatte, musste bereits wenige Wochen später zurücktreten. Denn am 19. August war der Leiter der Referatsgruppe Nachrichtendienste der DDR in der Abteilung IV (Spionageabwehr) im BfV, Hansjoachim Tiedge, aufgrund persönlicher Probleme in die DDR übergetreten, wo er sein gesamtes Wissen dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) preisgab. Die Bundesregierung versetzte daraufhin Hellenbroich in den einstweiligen Ruhestand. Er hatte, folgt man den Aussagen Wiecks, Tiedge gedeckt, obwohl dieser von der Sicherheitsabteilung

⁸ Mitteilung von Hans-Georg Wieck vom 29.3.2007.

⁹ Zum Lebenslauf Wiecks vgl. Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv, 29/2001; zu den einzelnen Stationen im Auswärtigen Dienst vgl. auch die Personenregister in den einschlägigen Jahresbänden der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte.

des BfV als Sicherheitsrisiko eingestuft worden sei (S. 330). In dieser Situation wurde Hans-Georg Wieck zum BND-Präsidenten ernannt, am 4. September trat er sein neues Amt an. Mit Wieck wurde erstmals ein Karrierediplomat Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Bei den Motiven, Wieck und keinen „Insider“ zu wählen, mag auf der einen Seite dessen eingehende, langjährige Beschäftigung mit der Sowjetunion und auf der anderen Seite die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass er als damaliger NATO-Botschafter „das Vertrauen der wichtigsten Partnerdienste besaß“ (S. 330).

Der BND¹⁰ verfügte zu Beginn der achtziger Jahre nach mit aller Vorsicht zu genießenden Schätzungen über rund 6500 und 1990 über rund 7000 Mitarbeiter. Über den ihm zur Verfügung stehenden Etat ist wenig bekannt: In der Amtszeit von Präsident Kinkel (1979–1982) wird er auf 650 bis 700 Mio. DM geschätzt, von denen rund 80 Mio. für operative Zwecke eingesetzt wurden¹¹. Der „Dienst“ war dem Bundeskanzleramt unterstellt. Mit dem „Organisationserlaß“ von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 29. Januar 1975 wurde der Chef des Bundeskanzleramts, damals Staatssekretär Manfred Schüler, zum Beauftragten für die Nachrichtendienste – eine Maßnahme, mit der vor allem die Kontrolle der Nachrichtendienste verbessert und deren Zusammenarbeit optimiert werden sollte¹². Zu Beginn von Helmut Kohls Kanzlerschaft erhielt Waldemar Schreckenberger als Staatssekretär im Kanzleramt die Zuständigkeit für die Geheimdienste. Als der Bundespräsident 1984 Wolfgang Schäuble zum Bundesminister für besondere Aufgaben und zum Chef des Kanzleramts ernannte, blieb Schreckenberger prinzipiell für die Geheimdienste zuständig; die Verantwortung für den BND behielt sich Schäuble jedoch vor¹³. Unterhalb der Staatssekretärsebene war bereits zum 1. Januar 1975 ein Spaltenbeamter als „Beauftragter für die Nachrichtendienste“ eingesetzt worden, der die Dienstaufsicht über den BND führte und den „Ständigen Ausschuß Nachrichtendienste“ leitete: Dieser setzte sich aus den zuständigen Abteilungsleitern im Kanzleramt, Innen- und Verteidigungsministerium sowie den Leitern der drei Nachrichtendienste zusammen. Von Juli 1983 bis Ende 1991 war diese Position mit Ministerialdirigent Hermann Jung besetzt¹⁴. Durch die vom Bundestag aufgrund eines Gesetzes von 1978 geschaffene Parlamentarische Kontrollkommission konnte auch das Parlament Kontrollrechte gegenüber dem BND geltend machen.

¹⁰ Das Problem bei der Literatur über den BND besteht darin, dass es sich dabei aufgrund der mangelnden Zugänglichkeit zu Quellen des Dienstes überwiegend entweder um journalistische „Enthüllungsliteratur“ oder um Arbeiten von ehemaligen Angehörigen des gegnerischen Staatsicherheitsdienstes handelt. In Ermangelung anderer Titel musste indes für die folgenden Darlegungen darauf zurückgegriffen werden.

¹¹ Vgl. Erich Schmidt-Eenboom, *Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND*, Düsseldorf 1995, S. 45 u. S. 251; ders., Schnüffler ohne Nase. *Der BND. Die unheimliche Macht im Staate*, Düsseldorf 1993, S. 74.

¹² Vgl. Schmidt-Eenboom, *Der Schattenkrieger*, S. 248 f.

¹³ Vgl. Korte, *Deutschlandpolitik*, S. 31 f., S. 34 u. S. 522, Anm. 87.

¹⁴ Vgl. Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 306.

Mit BND-Präsident Wieck, der die Tatsache, dass er den BND nicht von innen kannte, durchaus als „Handicap“ empfand (S. 331), kehrte frischer Wind in Pullach ein. Sein „Arbeitseifer“ war berüchtigt; von seinen Mitarbeitern verlangte er viel. Daneben hielt er es für erforderlich, dass sich der „Dienst“ neu präsentierte. Umbaumaßnahmen in Pullach gingen Hand in Hand mit einer Politik der begrenzten Öffnung nach außen: Parlamentarier, Wirtschaftsvertreter und vor allem Journalisten wurden in weitaus größerem Umfang als zuvor zum „Briefing“ eingeladen. Hinzu kam, dass Wieck die Kontakte des BND mit der Politik und mit dem Ausland stärker pflegte als seine Vorgänger¹⁵.

Im Rahmen der Tätigkeit des BND war die Aufklärung der Sowjetunion und der DDR immer schon eine Aufgabe von herausragender Bedeutung gewesen. Dies sollte auch unter Wieck so bleiben: zum einen wegen seiner mehrjährigen Erfahrung mit der Sowjetunion und zum anderen wegen der in ihren Auswirkungen nur schwer einzuschätzenden, vom neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow angestoßenen Reformen. Wieck selbst war bereits 1984 davon überzeugt, dass das sowjetische „Hegemonialkonzept in Osteuropa [...] gescheitert“ sei; die Sicherheitsinteressen Moskaus seien besser durch „Ost-West-Absprachen und Verträge als durch die gewaltsame Aufrechterhaltung einer politisch-militärisch-ideologischen Hegemonie in Ostmitteleuropa“ zu wahren¹⁶. Daraus folgte er, dass die Bundesrepublik ein sehr viel wichtigerer Partner für die Sowjetunion sei als die DDR (S. 333).

Eine erhebliche Steigerung der Geheimdienstaktivitäten gegenüber der DDR wird Wieck von den unterschiedlichsten Seiten attestiert¹⁷. Diese richteten sich, erstens, gegen das MfS und andere Sicherheitsorgane der DDR: So versuchte der BND 1986, möglichst ranghohe Mitarbeiter des gegnerischen Geheimdienstes zur Kooperation zu gewinnen¹⁸. Zweitens verstärkte der BND damals die Rekrutierung von Mitarbeitern in der DDR, nachdem er 1986 eine Reihe von Quellen in der DDR aufgrund von Verhaftungen durch das MfS verloren hatte. 1987 registrierte die Spionageabwehr des MfS: „Der BND hat aus diesem Grunde [wegen eines ineffektiven Agentennetzes] gezielte Maßnahmen konzeptioneller, struktureller und personeller Art eingeleitet, um die Agenturarbeit qualitativ zu verbessern.“¹⁹ Drittens unternahm der BND seit 1986 systematische Befragungen unter

¹⁵ Vgl. Gabriele Gast, Kundschafterin des Friedens. 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND, Frankfurt a. M. 1999, S. 277 ff.; Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 339 f., Zitat S. 339.

¹⁶ Hans-Georg Wieck, Die Sowjetunion und die Zukunft der West-Ost-Beziehungen, in: NATO-Brief 2/1984, S. 26.

¹⁷ Vgl. Peter F. Müller/Michael Mueller, Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Reinbek 2002, S. 438; Helmut Wagner, Schöne Grüße aus Pullach. Operationen des BND gegen die DDR, Berlin 2000, S. 155 ff.; Werner Großmann, Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2001, S. 141–145.

¹⁸ Vgl. Günter Möller/Wolfgang Stuchly, Zur Spionageabwehr (HA II im MfS/Abt. II der BV), in: Reinhart Grimmer u. a. (Hrsg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Bd. 1, Berlin 2002, S. 495 f. Das Vorhaben sei angeblich aufgrund der gut ausgebauten Spionageabwehr des MfS gescheitert.

¹⁹ Zit. nach Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 77; zur Vorgeschichte vgl. Wagner, Schöne Grüße, S. 145–166.

den Bewohnern der DDR, zu denen er in der Bundesrepublik Zugang besaß – beispielsweise bei den Befragungsstellen der Notaufnahmelager oder bei Besuchern in der Bundesrepublik.

Auch diese Aktivitäten entgingen dem MfS nicht, das feststellte, dass der BND im zweiten Quartal 1986 begonnen habe, Personendossiers über Reisende in dringenden Familienangelegenheiten anzulegen²⁰. Wieck wollte auf der Grundlage eines sorgfältig ausgearbeiteten Fragebogens überprüfen, ob und inwieweit sich die DDR-Bürger mit ihrem Staat identifizierten. Im halbjährlichen Rhythmus zog der BND Bilanz anhand von jeweils 600 Befragungen. Diese ergaben laut Wieck, „dass sich zwischen 72 und 78 Prozent aller Befragten die Vereinigung wünschten“. Die Menschen hätten mehrheitlich das SED-Regime abgelehnt, wenngleich man „Begeisterung für die demokratische Ordnung“ nicht habe feststellen können. Ein wesentlicher Faktor, der zur Aufrechterhaltung des gesamtdeutschen Bewusstseins beigetragen habe, sei der Wunsch nach dem Lebensstandard der Westdeutschen gewesen (S. 339).

Der BND ermittelte indes nicht nur die Stimmung in der Bevölkerung, sondern analysierte auch die wirtschaftliche Situation der DDR. Wieck legt dar, dass der BND zwar über die Verschlechterung der Wirtschaftslage berichtet, sich aber „nicht systematisch im kritischen Sinne mit den statistischen Angaben der DDR befasst“ habe (S. 347). Die Entscheidung der Bundesregierung, von 1969 an in dem „Bericht über die Lage der Nation“ die statistischen Angaben der DDR zugrunde zu legen, habe zu einer Verzerrung des Bildes geführt. Die NATO hingegen habe die ökonomische Situation im Ostblock auf der Grundlage nachrichtendienstlicher Erkenntnisse beurteilt.

Schließlich berichtete der BND Wieck zufolge auch über „die menschliche Dimension der DDR“. Dazu gehörte etwa die Ermittlung der Zahl der politischen Gefangenen und die der Übersiedlungsanträge in die Bundesrepublik. Der BND sei Ende der achtziger Jahre irrtümlich von 500 000 Anträgen ausgegangen, womit er zwar nicht den Fehler beging, den zu niedrigen Angaben Manfred Stolpes zu vertrauen, aber zu hoch gegriffen habe (S. 341). Die Forschung hat aufgrund der MfS-Unterlagen von rund 120 000 solcher Anträge in den Jahren 1988/89 Kenntnis²¹.

Der neue BND-Präsident intensivierte darüber hinaus die Bemühungen, die Erkenntnisse des „Dienstes“ in Bonn an den Mann zu bringen. Dazu nutzte er die von Eberhard Blum eingeführten „BND-Informationen“ über bestimmte Länder. Dies waren Gesamtlageberichte, die auf den Berichten der Fachreferate beruhten, im Hinblick auf die Interessen der Bundesregierung aufbereitet und dem Bundeskanzler oder einzelnen Ministern vor Besuchen im Ausland oder Staatsbesuchen in Bonn vorgelegt wurden. Wieck versandte solche Informationen vermehrt an den Bundeskanzler, die Minister und Staatssekretäre²². Zu den sich

²⁰ Vgl. Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 81.

²¹ Vgl. Jens Gieseke, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006, S. 232.

²² Vgl. Gast, Kundschafterin, S. 273 f. u. S. 280.

bietenden Gelegenheiten flog er nach Bonn, um dort Regierung und Parlament zu unterrichten. Anders als seinen Vorgängern gelang es ihm auch, die Erkenntnisse des „Dienstes“ dem Kanzler persönlich vorzutragen²³.

Trotz seiner vielfältigen Bemühungen um die Verbreitung der BND-Erkenntnisse beklagt sich Wieck über die mangelnde Akzeptanz seiner Berichte in Bonn. Hintergrund sei das „gespannte ‚Nicht-Verhältnis‘ zwischen Bonn und Pullach“ gewesen (S. 344), wofür er vor allem das wechselseitige Mißtrauen verantwortlich macht, das „mit der Jahrzehntelang gehegten Auffassung zu tun [hatte], ‚dass der Dienst sowieso nichts tauge‘“ (S. 346). Bereits Helmut Schmidt hatte den BND als „Dilettanten-Verein“ bezeichnet²⁴. Bei den Erkenntnissen, die der BND durch seine Befragung von DDR-Bürgern zutage gefördert habe, ist Wieck der Auffassung, dass die für die DDR zuständige Abteilung im Bundeskanzleramt zum einen keinen Kontakt mit dem BND wollte; zum anderen sei es ihr und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin „fast ausschließlich um die Frage der ‚menschlichen Erleichterungen für die Menschen in der DDR‘“ gegangen. Diese Einrichtungen seien fest von der Dauerhaftigkeit der Zweistaatlichkeit ausgegangen; da die Ergebnisse der BND-Befragungen dem widersprochen hätten, seien sie hier auch nicht zur Kenntnis genommen worden. Anders sei dies bei den Mitgliedern des Innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages, beim Leiter des Gesamtdeutschen Instituts, Detlef Kühn, und bei Kohl und Genscher gewesen. Letztere hätten die Ergebnisse „mit großem Interesse“ registriert, da diese mit ihrer Einschätzung der Stimmung in der DDR weitgehend übereingestimmt hätten (S. 346). Kohl bezieht sich auch in seinen Erinnerungen auf eine solche „geheime Umfrage in der DDR [...], wonach sich 80 Prozent der Befragten für die deutsche Einheit aussprachen“, fügt aber hinzu: „Doch war der Umfrage zu trauen, war sie nach wissenschaftlichen Kriterien zustande gekommen?“²⁵

Welche Rolle diese und andere Berichte des BND für die Deutschlandpolitik Helmut Kohls spielten, muss allerdings offen bleiben. Karl-Rudolf Korte zufolge hat der BND keineswegs die Schlussfolgerung nahegelegt, „dass zur ersten Priorität der DDR-Bevölkerung die Wiederherstellung der Einheit gehörte“. Kohl habe zwar „die zum Teil für ihn extra farblich markierten Textstellen der BND-Berichte zur Kenntnis“ genommen; sein DDR-Bild hätten sie indes nicht verändert²⁶. Eine für Historiker befriedigende Klärung des Sachverhalts wird – wenn überhaupt – erst möglich sein, wenn alle zu diesen Vorgängen verfügbaren Quellen zugänglich sein werden.

Wiecks Tätigkeit als BND-Präsident endete am 2. Oktober 1990. Er hatte sich 1985 gegenüber Kohl verpflichtet, die Leitung des BND für drei Jahre zu übernehmen. Seine Ablösung war daher überfällig, als er nun, zwei Jahre später als vereinbart, ins Auswärtige Amt zurückkehrte²⁷, um von November 1990 bis 1993

²³ Vgl. ebenda, S. 281 f.

²⁴ Zit. nach Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger, S. 259.

²⁵ Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 317 f.

²⁶ Korte, Deutschlandpolitik, S. 386.

²⁷ Brief von Wieck an den Verfasser, 5. 2. 2007.

das vereinigte Deutschland als Botschafter in Indien zu vertreten. Im Ruhestand fungierte er zeitweise als Berater der Bundesregierung bei Präsident Eduard Schewardnadse in Georgien, von 1997 bis 2001 leitete er außerdem die OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Weißrussland, und schließlich nahm er Gastprofessuren und Lehraufträge in Eichstätt, München, Berlin und Lublin wahr.

Aufzeichnung eines Gesprächs von Hans-Georg Wieck mit Karl Feldmeyer²⁸ und Hermann Wentker am 21. März 2005

Wentker:

Warum wurden Sie 1985 zum BND-Präsidenten ernannt? Sie kamen ja nicht aus dem Bundesnachrichtendienst, sondern aus dem Auswärtigen Dienst und hatten dort hohe Posten innegehabt als Botschafter in Moskau und bei der NATO. Was war also der Beweggrund für die Regierung, Sie 1985 zum Präsidenten des BND zu ernennen?

Wieck:

Aus Sicherheitsgründen konnte der erst im Sommer 1985 in das Amt des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes berufene bisherige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich²⁹, nicht im Amt belassen werden. Er hatte einen von der Sicherheitsabteilung des Bundesamtes als Sicherheitsrisiko eingestuften hochrangigen Mitarbeiter gedeckt. Kurz nach dem Übergang Hellenbroichs zum BND wechselte der Leiter der Gegenspionage im BfV, Hans-Joachim Tiede³⁰, auf die Seite der DDR nach Ost-Berlin, und Hellenbroich trat zurück. Die Bundesregierung musste umgehend einen Mann in das Amt des Präsidenten des BND berufen, der auch das Vertrauen der wichtigsten Partnerdiensste besaß. Nach Lage der Dinge war das bei einem Diplomaten der Fall, der als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikrat (NATO) tätig war, auf hochrangige Verwendungen im diplomatischen Dienst zurückzuschauen konnte, u.a. als Botschafter in Moskau und in Teheran, und im militärpolitischen Bereich – als Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung – eigene Erfahrungen hat sammeln können. Ich bin sicher, dass eine weitere Überlegung, die aus meiner Sicht von professioneller Relevanz war, bei der Entscheidung der Bundesregierung keine Rolle spielte, dass nämlich die mehrjährige unmittelbare Erfahrung mit der Sowjetunion zur adäquaten Beurteilung dieses komplexen Raumes – Sowjetunion und ostmitteleuropäischer Satelli-

²⁸ Feldmeyer war von 1971 bis 2005 politischer Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

²⁹ Heribert Hellenbroich, Jahrgang 1937, Jurist und Staatswissenschaftler, war seit 1966 beim BfV tätig. 1981 wurde er zum Vizepräsidenten, 1983 zum Präsidenten des BfV ernannt. Am 1. 8. 1985 wechselte er als Präsident zum BND und trat infolge der Flucht Tiedges bereits am 27. 8. 1985 zurück.

³⁰ Hans-Joachim Tiede, Jahrgang 1937, war seit 1966 beim BfV tätig und zuletzt zuständig für die Abwehr der DDR-Spionage. Aufgrund persönlicher Probleme floh er am 19. 8. 1985 in die DDR, wo er sein gesamtes Wissen über das BfV preisgab.

tenraum – Wichtiges würde beitragen können. Ich habe diese Komponente während meiner Tätigkeit im Bundesnachrichtendienst immer als sehr wichtig angesehen. Der BND war sich des Umstandes bewusst, dass er nur wenige Mitarbeiter hatte, die im Rahmen ihres diplomatischen Dienstes auch osteuropäische Erfahrungen haben sammeln und während ihrer Abordnung vom Auswärtigen Dienst in den BND meinungsbildend haben wirken können.

Die Abläufe der Regierungsarbeit und der Ministerien waren nur wenigen Mitarbeitern des BND geläufig. Mit Klaus Kinkel³¹, einem politischen Vertrauensmann und Berater von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher³², war erstmals ein Mann aus Bonn Präsident des BND geworden; jetzt kam zum zweiten Mal ein Mann aus dem Bonner Apparat nach Pullach. Beide hatten mit dem Handicap zu leben, dass sie den BND von innen nicht kannten. Aus persönlicher Sicht muss ich hinzufügen, dass ich bereits früher gefragt wurde, ob ich nicht das Amt übernehmen könnte. Ich lehnte damals ab. Im Jahre 1985 konnte ich aus übergeordneten nationalen Gründen den Ruf nicht abweisen. Ich machte mir keinerlei Illusion darüber, dass es sich für die Bundesregierung um eine taktische Entscheidung handelte und dass der Bundesregierung nichts ferner lag, als den Dienst so zu reformieren, dass er das Informationsbedürfnis der Bundesregierung jederzeit und zwar rechtzeitig würde befriedigen können. Dieser Aspekt besaß für die damalige Bundesregierung keinerlei Priorität.

Wentker:

Mit welcher Einschätzung der Sowjetunion und der DDR kamen Sie dann 1985 zum BND?

Wieck:

Im März 1985 war Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt worden. Er suchte auf hoher politischer Ebene den Kontakt, den Dialog mit dem Westen. Symptomatisch dafür war die Ablösung des sowjetischen Außenministers Andrei Gromyko³³ durch den Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei in Georgien, Eduard Schewardnadse³⁴. Gorbatschow sprach von der Reform in der Sowjetunion im Wege von Glasnost – Offenheit – und Perestroika – Umbau. Er

³¹ Klaus Kinkel, Jahrgang 1936, promovierter Jurist, war seit 1968 im Bundesministerium des Innern tätig. 1974 wechselte er mit Minister Genscher ins Auswärtige Amt, wo er zuletzt den Plannungsstab leitete. Von 1979 bis 1982 war er Präsident des BND, von 1982 bis 1991 Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, von 1991 bis 1992 Bundesjustizminister, von 1992 bis 1998 Außenminister. Seit 1991 ist er Mitglied der FDP, von 1993 bis 1995 war er deren Bundesvorsitzender.

³² Hans-Dietrich Genscher, Jahrgang 1927, war seit 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister und von 1974 bis 1992 Außenminister. Seit 1952 Mitglied der FDP, von 1974 bis 1985 deren Bundesvorsitzender.

³³ Andrei Andrejewitsch Gromyko, 1909–1989, von 1957 bis 1985 Außenminister der Sowjetunion, von 1985 bis 1988 Vorsitzender des Obersten Sovjet.

³⁴ Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse, Jahrgang 1928, von 1985 bis 1990 Außenminister der Sowjetunion, von 1995 bis 2003 Präsident Georgiens.

sprach vom „Gemeinsamen Haus Europa“³⁵ und von der Abrüstung. Konnte diesen Absichtserklärungen Glauben geschenkt werden – nach einer mehr als sechzigjährigen Epoche des ideologischen, politischen und auch militärpolitischen Ringens mit dem Westen, unterbrochen nur durch den von Deutschland ausgelösten 2. Weltkrieg und die dadurch ausgelöste Kriegsallianz zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion?

Handelte es sich nicht nur um ein taktisches Manöver, um gewisse Umstrukturierungen in der Sowjetunion ohne internationale Störungen durchbringen zu können, um dann danach die ideologische und politische, ja auch militärpolitische Offensive wieder zu ergreifen? Sollten doch ernste Reformabsichten dahinter stehen, um welche handelte es sich? Was sollte aus Moskauer Sicht erreicht werden – vor allem auf der internationalen Ebene?

Die Auswertung Sowjetunion³⁶ ging sehr vorsichtig mit der Perspektive der Gorbatschow-Reformen um. Zwar war dem Generalsekretär die Führungsrolle zugeordnet, aber die Reformbegriffe – Offenheit und Umbau sowie das „Gemeinsame Haus Europa“ – boten viel Raum, sie in der einen oder anderen Weise zu interpretieren. Man musste mit Bewertungen warten, bis konkrete Entscheidungen getroffen wurden – in den Richtlinien für die KPdSU, für die Neufassung des Fünfjahresplanes, für die Beziehungen mit den „Bruderstaaten“, im Afghanistan-Krieg und bei den Abrüstungsfragen mit dem Westen. Würde der Apparat den Reformvorhaben des neuen Generalsekretärs folgen? War nicht gegebenenfalls mit Gegenreaktionen zu rechnen – vor allem in dem Augenblick, in dem sich nationale Unabhängigkeitsbestrebungen in einigen Unionsrepubliken bemerkbar machen sollten? Und daran mangelte es nicht, auch nicht an aufkommenden Versorgungsgängen für die Bevölkerung und einer nie bekannten Inflation. Die Zeituhr tickte.

In Verbindung mit der in regelmäßigen Abständen zu vereinbarenden militärischen Lagebeurteilung der Sowjetunion und des Satellitenraumes, zu der alle NATO-Mitgliedstaaten aus eigenem Vermögen beitrugen, und deren Beratungen zu einvernehmlichen Feststellungen – gelegentlich mit abweichenden Voten einzelner Mitgliedstaaten – führten, wurde stets auch eine Einschätzung der inneren Lage im Satellitenraum und in der Sowjetunion sowie eine Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Sowjetblock abgegeben. Diese Lagebeurteilung ließ sich in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre in dem Wort „Große Stagnation“ zusammenfassen. D. h., „jeder“ – damit ist die Staatsklasse im Sowjetblock gemeint – war sich darüber im Klaren, dass etwas geschehen musste, um die im Planungsprozess erstickende Sowjetunion wieder in Bewegung zu bringen.

³⁵ Zum ersten Mal äußerte sich Gorbatschow in einem Interview mit dem französischen Fernsehen am 30. 9. 1985 mit Blick auf Europa wie folgt: „Wir leben in einem Haus, wenn wir dieses Haus auch durch verschiedene Eingänge betreten. Wir müssen in diesem Haus zusammenarbeiten und uns verständern.“ Zit. nach Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin (Ost) 1988, S. 487.

³⁶ Referat des BND innerhalb der Abteilung 3 (Auswertung). Vgl. Gliederung des Bundesnachrichtendienstes 1988, in: Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 57.

gen, und dass die internationale Lage, insbesondere die Abspaltungstendenzen im europäischen Vorfeld, eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zum Westen verlangten. Man musste von der Konfrontation und der Koexistenz im Zustand beiderseitiger Abschreckung zu einem Miteinander auf der Basis beiderseitiger Verteidigungsfähigkeit, zu einem friedlichen Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Grundannahmen – hier Sozialismus, da Kapitalismus – gelangen, ohne den Frieden zu gefährden. Es oblag dem neuen, im besten Mannesalter stehenden Generalsekretär Gorbatschow, der die Phalanx der Greise in der Funktion des Parteichefs im März 1985 ablöste, dem Land, den Menschen und der „sozialistischen“ Welt eine neue, konstruktive Perspektive zu eröffnen. Das Land schien bereit dazu – aber gab es dafür Konzepte? Auf andere politische Kräfte als die der Kommunisten und der diversen Machtapparate (KGB, Streitkräfte und andere bewaffnete Kräfte), sicherlich kaum auf die verschiedenen nationalen Kräfte in der Sowjetunion konnte Gorbatschow nicht zurückgreifen. Die politische Verfolgung der Dissidenten wurde zwar eingestellt, aber ein geistiger Brückenschlag zu den Gegnern des Sowjetsystems im eigenen Lande wurde nicht gewagt.

Die prekäre Lage in Polen war weltweit bekannt, ebenso die abweichlerischen Tendenzen in Ungarn und die Dissidentenszene in der DDR, die sich an der Betonriege des SED-Chefs Honecker rieb.

Diese Zusammenhänge waren mir während meiner Moskauer Jahre, aber auch in Verbindung mit dem sehr intensiven Gedankenaustausch innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses geläufig geworden. Anfang des Jahres 1984 veröffentlichte ich im NATO-Brief einen Artikel über die Perspektiven des Ost-West-Verhältnisses und meinte, dass Moskau bei realistischer Einschätzung der Lage zu dem Ergebnis gelangen könne, dass „legitime“ Sicherheitsinteressen der Sowjetunion langfristig wahrscheinlich wirksamer durch Ost-West-Absprachen und Verträge als durch die gewaltsame Aufrechterhaltung einer politisch-militärisch-ideologischen Hegemonie in Ostmitteleuropa gewahrt werden könnten. „Das Heemonialkonzept in Osteuropa ist, wie die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt, gescheitert“, heißt es in dem Aufsatz wörtlich³⁷. Während meiner Moskauer Jahre hatte ich mehrfach zu dem Schluss kommen müssen, dass die Bundesrepublik Deutschland für die Sowjetunion ein sehr viel wichtigerer Partner auf der internationalen Bühne war, als es die DDR je sein konnte.

Wentker:

Waren das Einsichten, die Sie gewonnen hatten, bevor Sie Ihren Dienst im BND antraten?

Wieck:

Alles, was ich bis jetzt gesagt oder in Erinnerung gerufen habe, stellte die Beurteilung der Lage in der Sowjetunion und ihrem Vorfeld dar, mit der ich meine

³⁷ Die Sowjetunion und die Zukunft der Ost-West-Beziehungen, in: NATO-Brief 2/1984, S. 21–26, Zitat S. 26.

Arbeit beim BND aufgenommen habe. Und das, was ich zu der Deutschland-situation gesagt habe, geht schon auf meinen Vortrag bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn³⁸ am 17. November 1980 zurück, einen Vortrag, mit dem ich den Zuhörern die Erfahrungen meiner Moskauer Jahre vermittelte konnte.

Wentker:

Das Jahr 1985, in dem Sie BND-Präsident wurden, war ja auch eine Zäsur in der Entwicklung der Sowjetunion: Gorbatschow wurde Generalsekretär. Wie würden Sie, auch vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade gesagt haben, seine Bedeutung für die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion einschätzen bzw. wie haben Sie sie damals eingeschätzt?

Wieck:

Ich war noch NATO-Botschafter, als der Führungswechsel in der Sowjetunion stattfand. Der „Aufbruch in eine neue Epoche“ war mit dem Namen Gorbatschow verbunden: Die neue Politik sollte die „große Stagnation“ der beiden letzten Jahrzehnte überwinden und sie musste das Verhältnis zu den ostmitteleuropäischen Staaten neu ordnen, die sich in einer deutlichen Absetzbewegung von der sowjetischen Vormacht befanden. Dem Westen war bekannt, dass das sowjetische Oberkommando im Vorfeld Planungen für militärische Operationen ohne Beteiligung von Streitkräften der Satellitenländer unternahm. Es war nicht besonders schwierig, auf geheimdienstlichem Wege sowjetisches Kriegsmaterial aus den Beständen der Staaten des Warschauer Pakts zu erwerben und in den Westen zu bringen. Das misslungene und verlustreiche militärische Engagement der Sowjetunion in Afghanistan³⁹ lastete auf dem ganzen Land.

Eigentlich stellte sich nur die Frage: War die Sowjetführung fähig, substantielle Kurskorrekturen durchzusetzen, ohne das eigene Haus zum Einsturz zu bringen? War die sogenannte Breschnew-Doktrin⁴⁰, die eine militärische Intervention des Warschauer Paktes in einem abtrünnigen Land des Warschauer Paktes legitimierte und ja auch verschiedentlich praktiziert worden war, zuletzt 1968 in der Tschechoslowakei, noch relevant? War sie noch eine Drohung? Im Polen der

³⁸ Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ist eine der großen deutschen Mittlerorganisationen für Fragen der internationalen Politik und der Außen- und Sicherheitspolitik.

³⁹ Am 25. 12. 1979 waren sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert, um den dortigen Bürgerkrieg mit der Etablierung eines von ihnen abhängigen Regimes zu beenden. Da dies nicht gelang und sich der afghanische Widerstand gegen die sowjetischen Truppen wandte, wurden diese in lang anhaltende, verlustreiche Kämpfe verwickelt. Zwischen dem 15. 5. 1988 und dem 15. 2. 1989 erfolgte deren Abzug.

⁴⁰ Die sogenannte Breschnew-Doktrin wurde in einem gemeinsamen Brief der Generalsekretäre der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, der DDR und Polens an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei aus Warschau vom 15. 7. 1968 formuliert; abgedruckt in: Boris Meissner, Die „Breschnew-Doktrin“. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“. Dokumentation, Köln 1969, S. 47–52.

achtziger Jahre stellte sich die Frage nicht so radikal, weil ja sowjetische Truppen zur Sicherung der Transportwege für die sowjetischen Streitkräfte in der DDR im Lande standen. Immerhin, es erfolgten sowjetische Truppenkonzentrationen an der sowjetisch-polnischen Grenze, die aber nach damaliger alliierter Auffassung lediglich als Drohgebärde aufzufassen waren.

Hatten nicht auch die kommunistischen Parteien Europas im Jahre 1976 bei ihrer Tagung in Ost-Berlin beschlossen, dass jede Partei ihren eigenen Weg zur kommunistischen, zur sozialistischen Gesellschaft und zum sozialistischen Staatswesen finden müsse und dürfe⁴¹? Legimierte diese Formel nicht den Ausstieg aus dem sozialistischen System? Auf keinen Fall legimierte sie noch die militärischen Interventionen der Paktstreitkräfte, wie man sie mehrfach in der Vergangenheit hatte erleben müssen.

Das Nordatlantische Bündnis war in einer relativ guten Verfassung, weil es den Doppelbeschluss in der kontroversen Frage der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern auf dem europäischen Festland und in Großbritannien durchgesetzt hatte⁴². Sorgen bereiteten die Pläne der USA für ein aufwendiges strategisches, weltraumgestütztes Abwehrsystem gegen interkontinentale Raketen⁴³. Die Allianzpartner unterstützten politisch und moralisch, zum Teil auch materiell die Unabhängigkeitsbestrebungen von Solidarność in Polen⁴⁴ und anderen ostmitteleuropäischen Ländern.

Wentker:

Das hat ja auch die historische Forschung bestätigt, dass die Sowjetunion 1980/81 in Polen gar nicht eingreifen wollte⁴⁵.

Dann schließt die nächste Frage ganz logisch an: Was bedeutete das jetzt für Ihre Einschätzung des sowjetisch-ostdeutschen Verhältnisses? Das haben Sie ja

⁴¹ Auf ihrer Tagung vom 29./30. 6. 1976 hatten die kommunistischen und Arbeiterparteien unter dem Titel: „Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa“ ein gemeinsames Dokument verabschiedet, in dem es hieß: „In diesem Sinne werden sie ihre internationalistische, kameradschaftliche, freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin entwickeln, bei strenger Wahrung der Gleichberechtigung und souveränen Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der freien Wahl verschiedener Wege im Kampf um fortschrittliche gesellschaftliche Umgestaltungen und für den Sozialismus.“ In: Neues Deutschland, 1. 7. 1976, S. 3.

⁴² Der sogenannte Doppelbeschluss der NATO vom 12. 12. 1979 bot dem Warschauer Pakt auf der einen Seite Verhandlungen über eine beidseitige Begrenzung sowjetischer und US-amerikanischer Mittelstreckenraketen an; auf der anderen Seite kündigte er die Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa an für den Fall, dass die Verhandlungen zu keiner Einigung führen würden.

⁴³ Gemeint ist die Strategic Defense Initiative (SDI), eine von Präsident Ronald Reagan ins Leben gerufene, am 23. 3. 1983 offiziell angeordnete Initiative zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen Interkontinentalraketen.

⁴⁴ Solidarność (deutsch: Solidarität) war eine aus Streiks im August 1980 hervorgegangene unabhängige polnische Gewerkschaftsbewegung.

⁴⁵ Vgl. Matthew J. Ouimet, The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy, Chapel Hill/London 2003.

zum Teil schon angesprochen. Würde die Sowjetunion die militärische Garantie für die DDR aufrechterhalten? Die andere Frage bezieht sich auf die ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Im Nachhinein ist es klar, dass die Sowjetunion seit Anfang der 80er Jahre die Alimentierung der DDR schrittweise zurückfahren wollte. Wie wurde das vom BND – Mitte der 80er Jahre – wahrgenommen?

Wieck:

Die Vorstellung, die der BND Anfang der achtziger Jahre von der DDR hatte, war in gewissem Umfang politisch vorgegeben: Ungeachtet sich ausbreitender Unzufriedenheit in der Bevölkerung, einer Unzufriedenheit, die zum großen Teil auf der Deutschlandberichterstattung der westdeutschen Radio- und Fernsehanstalten beruhte, herrschte im BND die Lehrmeinung vor, dass das Regime fest im Sattel sitze und willens sowie in der Lage sein würde, Unruhen im Keime zu ersticken, und dass sich das Regime im Notfall auf die sowjetische Hilfe verlassen könne – wie im Jahre 1953⁴⁶. Die prekäre wirtschaftliche Lage der DDR, die Verschuldung gegenüber der Sowjetunion und der Zwang zur Manipulation der Währungsreserven zum Zwecke der Verbesserung der internationalen Kreditwürdigkeit auf dem Europäischen Finanzmarkt waren dem BND, waren der Bundesregierung bekannt. Dies erklärte auch die deutschen Beistandskredite für die DDR in Milliarden-Höhe, die in den achtziger Jahren eingeräumt wurden⁴⁷.

In allen Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen baute die sowjetische Führung letztlich auf den Umstand, dass darüber zu gegebener Zeit die vier Deutschlandmächte zu entscheiden hätten und dass dabei die in Deutschland bestehenden Regierungen zu Gehör kommen müssten. Angesichts der Moskauer Bereitschaft, politische Veränderungen in Ostmitteleuropa hinzunehmen, musste sie sich die Frage stellen, wie sie sich im Falle von Unruhen oder der öffentlichen Artikulation des Wiedervereinigungswillens in der DDR verhalten sollte und könnte. Es überwog die strategische Zielsetzung, das Grundverhältnis zu den USA und zum Westen zu verbessern und dieses strategische Ziel nicht durch militärische Gewaltanwendung zur Erhaltung des hegemonialen Herrschaftsanspruchs im sowjetischen Vorfeld oder durch militärische Stützung eines dem Untergang geweihten Regimes in Gefahr zu bringen. Nichts belegt diese Deutung der sowjetischen Interessen eindeutiger als die Null-Lösung für die sowjetischen und die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa (und gegenüber Japan und Korea) im Jahre 1987 und die Entscheidung über den einseitigen

⁴⁶ Anspielung auf den Volksaufstand in der DDR vom 17. 6. 1953, der nur mit Hilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen werden konnte.

⁴⁷ Es handelte sich um zwei Bankenkredite, die der DDR unter bundesdeutscher Vermittlung gewährt wurden und für die die Bundesrepublik die Garantie übernahm. Der erste Kreditvertrag über eine Mrd. DM wurde am 1. 7. 1983, der zweite über 950 Mio. DM am 25. 7. 1984 unterzeichnet.

Abbau der konventionellen sowjetischen Überlegenheit in Europa⁴⁸. Die Sowjetunion unternahm auch nichts, um den Strom von DDR-Flüchtlingen durch Ungarn nach Österreich zu unterbinden, und ließ die DDR-Führung wissen, dass sie keine Waffen zu seiner Erhaltung einsetzen werde. Die von der Sowjetunion vertretene Rechtsposition in Bezug auf Deutschland und Berlin entsprach der Haltung der USA, Frankreichs und Großbritanniens.

Aber die unbeabsichtigte vollständige Öffnung der Mauer am Abend des 9. November 1989 mit dem nun unbegrenzten Strom von Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland schuf neue Tatsachen, die nicht mehr ohne Gewaltanwendung zu korrigieren, also zurückzuschrauben waren. Die neue Lage ließ im Sinne der normativen Kraft des Faktischen die in Aussicht stehenden Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands zu Abwicklungsverhandlungen über die von den vier Mächten in Deutschland genutzten Installationen werden.

Der Druck im Kessel hatte freie Bahn bekommen und entschied die Frage der deutschen Einheit. Dabei hatte es Jahrzehnte hindurch nicht so ausgesehen, dass dieses Ergebnis auf friedlichem Wege und im Einvernehmen der Beteiligten je hätte erzielt werden können. Wer hätte je den Willen der vier Deutschlandmächte so beeinflussen können, dass eine deutsche Einheit gleichsam „en passant“ herbeigeführt werden könnte? Daher breitete sich ja auch auf beiden Seiten in Deutschland Resignation oder Realismus aus, unter den offensichtlich nicht abzuändernden strategischen Verhältnissen jedenfalls den demokratischen Umbau der DDR und Osteuropas zu erreichen. Aus taktischen oder realistischen Gründen war die Substanzfrage verdrängt worden und waren neue Konzeptionen eines Friedens in Europa auf der Grundlage des geteilten Deutschland erdacht worden und mit moralischen Argumenten legitimiert worden: Ein vereinigtes Deutschland – das wäre gleichbedeutend mit der Wiederkehr imperialer wilhelminischer Politik oder eines aggressiven Deutschland nach der Art Hitlers.

Bei meinen ersten im Oktober 1985 stattfindenden Besprechungen über die Lage in der DDR wurde mir klar, dass die DDR-Auswertung im BND von der zunehmenden Staatlichkeit der DDR ausging – nach objektiven Tatsachen zu urteilen, aber auch im subjektiven Bewusstsein der Bevölkerung. Das letztere galt es als erstes zu hinterfragen – im Wege von nun einzuleitenden Gallup-Umfragen⁴⁹ unter der Bevölkerung der DDR – in den Befragungsstellen, bei Familienbesuchen und an anderen sich bietenden Stellen – auf der Grundlage eines sorgfältig ausgearbeiteten Fragebogens.

In Bonn herrschte Mitte der achtziger Jahre die Auffassung vor, dass auf absehbare Zeit mit der Teilung Deutschlands zu leben sei und dass mit der DDR ein

⁴⁸ Anspielung auf den am 8. 12. 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion unterzeichneten Vertrag über die Vernichtung aller Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 km) sowie auf die Rede Gorbatschows vor den Vereinten Nationen vom 7. 12. 1988, in der er einseitige Reduzierungen der sowjetischen Streitkräfte ankündigte.

⁴⁹ Anspielung auf das von George Horace Gallup 1935 gegründete „American Institute of Public Opinion“, das wöchentlich Befragungen über politische, soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten von öffentlichem Interesse veranstaltet.

noch geregelteres Verhältnis zu entwickeln sei, als es durch den Grundlagenvertrag schon geschehen war. Das ging bis hin zu der besonders in der SPD diskutierten und von etlichen anderen Politikern befürworteten These, dass man ein zweites Staatswesen anerkennen sollte. Das erlaube der DDR eine großzügigere Haltung in der Frage der Bewegungsfreiheit ihrer Bürger. Diese These entsprach wohl den Vorstellungen derjenigen Teile in der DDR, die überhaupt über Reformen nachdachten, also den Dissidentengruppen. Eine nicht mehr durch die offene deutsche Frage belastete DDR könnte den anderen osteuropäischen Ländern mit inneren Reformen folgen. Teile der sozialdemokratischen Partei sahen auch in der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland den Königsweg, um die DDR aus der vollständigen Abhängigkeit von der sowjetischen Politik herauszulösen.

Für diese Tendenz wäre eine BND-Berichterstattung über den in der Bevölkerung fortbestehenden Willen zur Wiederherstellung der Einheit nicht hilfreich gewesen. Daher ist diese Fragestellung wohl auch nach 1961 niemals vom BND aufgegriffen worden.

Ein wichtiger Adressat für die DDR-Berichterstattung war die DDR-Abteilung des Bundeskanzleramtes⁵⁰. Und der wichtigste Partner für diese Abteilung des Kanzleramtes war die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin⁵¹, die in der Koexistenz mit dem System lebte und diese Koexistenz stabilisieren wollte. Dafür gab es in der Öffentlichkeit, also in der westdeutschen Öffentlichkeit, zunehmend Unterstützung. Denn es gab diesseits und jenseits der deutschen Grenzen die Befürchtung, dass eine deutsche Vereinigung mit dem so geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Potential erneut zu einem politischen, ja auch sicherheitspolitischen Problemkind Europas werden könnte. Mit der völkerrechtlichen Anerkennung des zweiten deutschen Staates könnte eine reformorientierte Entwicklung in Osteuropa möglich werden und der Westen von der offenen Frage Deutschlands befreit werden.

In der FDP wurde vor allem der Standpunkt vertreten, dass man die Teilung nur auf der Grundlage einer freien Entscheidung der DDR-Bevölkerung hinnehmen könne.

In der CDU gab es keine Unterstützung für eine Änderung des Status quo zugunsten der DDR. Die deutsche Frage sollte offen gehalten, und menschliche Erleichterungen für die Menschen in der DDR sollten angestrebt werden. Diese „harte Haltung“ war aber auch in der CDU nicht unumstritten.

⁵⁰ Zuständig für die DDR war im Bundeskanzleramt die Abteilung 2, die seit 1982 Horst Teltzschik unterstand; im engeren Sinne war die „Gruppe 22“, eine von Ministerialdirigent Ernst Günter Stern geleitete Unterabteilung, für Beziehungen zur DDR zuständig. Darüber hinaus bestand in der Abteilung der Arbeitsstab Deutschlandpolitik, der direkt für den Staatsminister im Bundeskanzleramt arbeitete. Vgl. Korte, Deutschlandpolitik, S. 39–42 u. S. 118.

⁵¹ Da die Bundesrepublik die DDR völkerrechtlich nicht anerkannte, konnten beide Staaten in dem jeweils anderen nach dem Grundlagenvertrag keine Botschaften errichten. Stattdessen eröffneten sie am 2. 5. 1974 in Ost-Berlin bzw. Bonn Ständige Vertretungen, die bis zur Wiedervereinigung am 3. 10. 1990 bestanden.

Ich habe die Befragung der Bevölkerung auch als ein Mittel eingeleitet, um die Lage im Lande systematischer zu analysieren. Es gab viele Deutsche, die Auskunft geben konnten – Westdeutsche, die in die DDR reisten, und DDR-Bürger, die zu Besuch in den Westen kamen: Jeder erzählte von den Engpässen im Leben und von der Frustration der DDR-Bürger mit und über das DDR-Regime. Das waren die Reaktionen von einzelnen Menschen. Die Einzelberichte waren nicht systematisiert worden und konnten daher nicht Grundlage einer allgemeinen Beurteilung sein. Und solange man die sporadisch gesammelten Berichte nicht zu einer Beurteilungsgrundlage verdichtete, musste jede Äußerung in dieser Hinsicht als subjektiv eingeordnet werden. Auch Frau Hannelore Kohl⁵² reiste oft in ihre Heimat und berichtete von der verzweifelten Lage der Menschen. Solche Einzelberichte konnten nicht die qualifizierte Grundlage für Stimmungsberichte über die Lage und Denkweise der Bevölkerung sein.

Der BND hat daher seit 1986 die systematischen Befragungen unternommen, um herauszufinden, welche Grundstimmung in der Bevölkerung über eine dauerhafte Existenz der DDR besteht, welche Variationen die Menschen in der DDR zu dieser Grundfrage ihrer Existenz bevorzugen würden und was sie für wahrscheinlich halten. Und da hat sich dann herausgestellt, dass zwischen 72 und 78 Prozent aller Befragten die Vereinigung wünschten. Das Ergebnis wiederholte sich mit etwa den gleichen Prozentsätzen alle sechs Monate. Den Analysen lagen jeweils etwa 600 Befragungen zugrunde. Die befragten Bürger der DDR lehnten mehrheitlich die Besatzungsmacht und das SED-Regime ab und wünschten sich vor allem den Lebensstandard der Bundesrepublik Deutschland.

Ausdrückliche Begeisterung für die demokratische Ordnung anstelle der autoritären Ordnung war nicht festzustellen. Nach der mehr als sechzigjährigen Geschichte mit totalitären und autoritären Systemen konnte sich kaum ein Bürger eine konkrete Vorstellung von freien und fairen Wahlen und einem unabhängigen Rechtssystem machen.

Die zweite Dimension der DDR, die aufzugreifen war, bezog sich auf ihre Wirtschaft und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Bezuglich der DDR-Wirtschaftsdaten hatte die Bundesregierung nach Bildung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 entschieden, bei dem alljährlich dem Deutschen Bundestag zu erstattenden „Bericht über die Lage der Nation“ auch die statistischen Angaben der DDR zugrunde zu legen und nicht mehr die Beurteilungen der Geheimdienste zu verwenden. Es ist hinzuzufügen, dass auch die OECD⁵³, die Vereinten Nationen, ja auch die Europäische Gemeinschaft ihre Lagebeurteilungen und statistischen Übersichten auf der Grundlage der offiziellen statistischen Angaben der zum Ostblock gehörenden Staaten, also auch der DDR, erstellten. Und damit war eine falsche Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der DDR unausweichlich. Die NATO nahm ihre Beurteilung auf der Grundlage der nachrichtendienstli-

⁵² Hannelore Kohl (1933–2001), Ehefrau von Bundeskanzler Helmut Kohl, war in Leipzig aufgewachsen.

⁵³ Organisation for Economic Cooperation and Development, internationale Organisation mit Sitz in Paris.

chen Erkenntnisse vor und konnte daher ein sehr viel realistischeres Bild der Stärken und Schwächen der Wirtschaft der Sowjetblockstaaten entwickeln. Aber diese Bewertungen waren unter Verschluss und erreichten nur in den seltensten Fällen die Öffentlichkeit. Nach diesen Beurteilungen zeichnete sich für Mitte der neunziger Jahre in der Sowjetunion ein Zielkonflikt zwischen der von Breschnew eingeleiteten Stärkung des Konsums und den Erfordernissen des Militärs für die Modernisierung der Streitkräfte ab. Die Modernisierung war unverzichtbar, wollte man an der Strategie festhalten, im Kriegsfalle in Europa mit der ersten und der zweiten Staffel bis zum Atlantik vorzudringen – mit oder ohne Einsatz von nuklearen Waffen. Die Lage verschärfte sich noch dadurch, dass die Militärs auch Planungen für Operationen in Europa ohne die Beteiligung der Streitkräfte anderer Warschauer-Pakt-Staaten begannen. Das spricht für meine Beurteilung und auch die der sowjetischen Führung, dass die Warschauer-Pakt-Streitkräfte nicht mehr als zuverlässige Bündnisstreitkräfte eingeordnet werden konnten.

Die wirtschaftliche Lage in der DDR wurde im Westen offiziell so gesehen, wie sie – auf der Grundlage der DDR-Statistiken – statistisch errechnet worden war. In Wirklichkeit war die Lage der DDR sehr viel schlechter, als es dem offiziellen Beobachter erschien. In den Statistiken von Wirtschaftsinstituten und internationalen Organisationen nahm die DDR den 12. oder 13. Rang unter den Industriestaaten der Welt ein.

Den Erkenntnissen des BND lagen die Berichte qualifizierter Überläufer aus der akademischen Lehre und aus dem Management von DDR-Betrieben zugrunde, z.B. über die Umweltschäden der mit hoher Priorität betriebenen, Braunkohle gestützten Energieerzeugung und über die Manipulation von Investitionsvorhaben sowie im Zusammenhang mit der administrativ herbeigeführten Verschuldung der Betriebe, die tatsächlich gar nicht erzielte Gewinne an die Staatsbank abführen mussten.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der DDR spiegelte sich nicht in den politischen Erklärungen der Bundesregierung wider. Das war für mich in gewissem Maße verständlich, weil mit der Schilderung der tatsächlichen Lage in der DDR die deutsche Frage auf die internationale Tagesordnung gelangt wäre – und zwar sofort. Da die Vereinigung international nicht gefördert wurde, hätte die katastrophale Lage der DDR-Wirtschaft die Bereitstellung enormer Kredite oder Darlehen der Bundesrepublik Deutschland an die DDR-Führung zur Folge gehabt. Das konnte nicht die Lösung sein, weil die aufgekommenen Engpässe und Defizite ja die zwangsläufigen systemimmanenteren Folgen der Entwicklung und nicht die Folge vorübergehender Rückschläge waren. Der Dienst konnte mit seiner kritischen Beurteilung der Wirtschaftslage in der Bundesregierung nicht sehr viel erreichen.

Die menschliche Dimension der DDR orientierte sich an den Zahlen der politischen Gefangenen, die in mehr oder minder regelmäßigen Abständen freigekauft werden mussten, und an der Frage nach den Besucherzahlen und der Übersiedlungsanträge. Da ist der BND vielleicht – sage ich retrospektiv – auch Opfer der überzogenen Berichte der Kreisleitungen der SED an die Zentrale geworden, die Reformdruck auf die Zentrale ausüben wollten: „Ihr müsst jetzt

Reformen machen, denn hier wächst uns der Ansturm der Übersiedleranträge über den Kopf, über das Erträgliche hinaus!“ hieß es in den Meldungen nach Berlin. Die Kreisleitungen rundeten die Zahlen nach oben ab. Auf der anderen Seite neigte Herr Stolpe⁵⁴ als Verbindungsmann der Evangelischen Kirche zum Regime und zur Öffentlichkeit, also auch zur westlichen Presse, dazu, den Ernst der Lage zu verniedlichen. Er sprach von etwa 50 000 Übersiedlungsanträgen. Der BND sprach auf Grund der ihm vorliegenden Berichte von einem Personenkreis von 1,5 Millionen Menschen oder 500 000 Anträgen (3 Personen pro Antrag).

Die Dissidenten in der DDR waren mehrheitlich nicht Anhänger der Vereinigung Deutschlands. Sie waren Anhänger einer Reform-DDR. Sie suchten den „dritten Weg“ der Liberalisierung und Humanisierung des Systems und die Aufrechterhaltung einer so reformierten SED-freien DDR. Und in der DDR war es die Dissidentenszene, die sich mit dem Repressionsapparat der DDR beschäftigte, aber kaum mit der Vereinigungsthematik oder dem Lebensstandard. Nun trat mit den Befragungsergebnissen, die die Stimmung der großen Masse der schweigenden Mehrheit in der DDR wiedergaben, die auf den Vereinigungsprozess setzte, ein neues Element in das Gesamtbild. Das war eine wichtige, eine neue Dimension, die den Politikern in beiden Teilen Deutschlands bis dahin weitgehend verborgen geblieben war, aber mit den Demonstrationen vom Herbst 1989 und dann mit voller Wucht am 9. November bei der Öffnung der Mauer plötzlich in den Mittelpunkt des Geschehens rückte. Der Frieden in Europa wurde nun durch die Vereinigung Deutschlands sicherer, nicht durch seine permanente Teilung, aber die momentane Labilität der Lage war nicht zu übersehen.

Wentker:

Und wie schätzte der BND diese Prozesse ein?

Wieck:

Der BND hat nach der Wahl von Michail Gorbatschow sehr früh die Auffassung vertreten, dass seine neue Politik als ein bahnbrechender Reformkurs anzusehen sei. Gestützt auf die Revision der bisherigen Interventionspolitik gegenüber dem Vorfeld, gestützt auf die sich abzeichnende Beseitigung der Immobilität des sowjetischen Führungssystems und gestützt auf den Willen der neuen Führung, im Verhältnis zum Westen an alte russische Traditionen nach dem napoleonischen Kriege anzuknüpfen, strebte Gorbatschow an, im Wege von neuen internationalen Sicherheitsvereinbarungen (Pariser Vertrag von 1990 über die Höchst-

⁵⁴ Manfred Stolpe, Jahrgang 1936, Kirchenjurist in der DDR, von 1969 bis 1981 Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK), von 1981 bis 1990 Konistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, von 1982 bis 1989 zusätzlich stellvertretender Vorsitzender der BEK. In diesen Funktionen konnte er zahlreiche Kontakte zu Politik und Kirche in der Bundesrepublik pflegen. Von 1990 bis 2002 war er Ministerpräsident von Brandenburg, von 2002 bis 2005 Bundesverkehrsminister.

grenzen der konventionellen Streitkräfte in Europa⁵⁵, Null-Lösung für die nuklearen Mittelstreckenraketen⁵⁶) die gleichberechtigte und konstruktive Mitwirkung der Sowjetunion im Kreis der zum „Club“ gehörenden großen Mächte zu erreichen. Das könnte bedeuten: Kooperation und Wettbewerb anstelle von Konfrontation und Unterwerfung.

Der BND konnte eine solche Perspektive nicht als nachrichtendienstlich gestützte Erkenntnis erhärten, er konnte aber die der neuen sowjetischen Politik innewohnenden Tendenzen beschreiben und damit Denkanstöße für die deutsche und die alliierte Außenpolitik geben. Das hat der BND nicht nur gegenüber der eigenen Regierung, sondern auch in den wichtigsten westlichen Hauptstädten einschließlich Brüssel (NATO) getan. Ich erinnere an einen Vortrag über die Reformen in der Sowjetunion im Hause des früheren Außen- und Verteidigungsministers Gerhard Schröder⁵⁷ im Jahre 1987. Mit großer Skepsis wurde meine These aufgenommen, dass Gorbatschow das Ziel verfolge,

- als vertrauenswürdiger Vertreter der im Reformprozess befindlichen Sowjetunion in die westlichen Gremien aufgenommen zu werden, und dass er
- zu diesem Zweck das Vorfeld, das ideologisch schon verloren und militärisch nicht mehr zu sichern war (außer allenfalls in der DDR),
- sowie die militärische Überlegenheit der Sowjetunion in Europa preiszugeben bereit sei und daher
- neue Sicherheitsverträge in und für Europa anstrebe.

Die Politik von Gorbatschow scheiterte nicht wegen der neuen sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern wegen der Widersprüche der Reformpolitik im Inneren des Landes.

Wentker:

Sie haben bisher sehr viel berichtet über die Sicht des BND auf die DDR-Bevölkerung. Wie hat aber der BND die DDR-Führung eingeschätzt? Hat man da bestimmte Kreise gesehen, die gegeneinander gearbeitet haben? Hat man auch Interna gekannt?

Wieck:

Direkte Zugänge zu den Personen im Politbüro gab es in den achtziger Jahren nicht. Doch hat man den Konflikt innerhalb des Apparates wegen der von der Sowjetunion geforderten Reformen deutlich wahrgenommen. Das Regime – von Honecker angeführt – verteidigte seine Haltung gegenüber dem sowjetischen Drängen auf Reformen mit dem Hinweis, dass die DDR mit dem Programm der Bürgergesellschaft schon die Reformen durchgeführt habe, die in Moskau und

⁵⁵ Es handelt sich um den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der am 19. 11. 1990 in Paris von den 22 Regierungschefs der NATO- und der Warschauer-Pakt-Staaten unterzeichnet wurde. Am 9. 11. 1992 trat er endgültig in Kraft.

⁵⁶ Vgl. Fußnote 42.

⁵⁷ Gerhard Schröder (1910–1989), CDU-Politiker, von 1953 bis 1961 Bundesinnenminister, von 1961 bis 1966 Außenminister, von 1966 bis 1969 Verteidigungsminister.

anderen ostmitteleuropäischen Ländern noch anstanden. Der sogenannte Reformflügel, zu dem man gemeinhin Hans Modrow⁵⁸, Markus Wolf⁵⁹ und Wolfgang Berghofer⁶⁰, wohl kaum Egon Krenz⁶¹ rechnete, machte keineswegs gemeinsame Sache mit den doch beachtenswert starken, meist von den Kirchen gestützten Dissidentengruppen in der DDR, sondern eher mit dem Gorbatschow-Flügel in Moskau. Außer mehr Freizügigkeit im Reiseverkehr hatten die Reformer wenig anzubieten. Die Wirtschaft ertrug schon den jetzigen Stand der Sozialabsicherung und die Verbesserung des Lebensstandards nicht. Die nationale Karte stand den SED-Reformern nicht zur Verfügung. Persönliche Rivalitäten spielten auch eine Rolle. Die Honeckergruppe, die versteinerte DDR-Zementriege, baute auf das Scheitern des Gorbatschow-Reformkurses und auf die Rückkehr zur Politik der Konfrontation gegenüber dem Westen. Sie begrüßte die gewaltsame Niederwerfung des Studentenaufstandes auf dem Tienanmen-Platz in Peking⁶² und befürwortete ein ähnliches Vorgehen gegen die Solidarność-Bewegung in Polen. Der Besuch von Gorbatschow in Ost-Berlin anlässlich der 40-Jahr-Feier der DDR⁶³ stellte einen herben psychologischen Rückschlag für das Regime dar. Die Bevölkerung rief dem Moskauer Gast zu: „Gorbi, hilf uns!“ Vor diesem Hintergrund konnten sich die Montagsdemonstrationen vor allem in Leipzig und Dresden bis zu Deutschland-Parolen hin entfalten. Die Bevölkerung machte keinen Unterschied zwischen dem Regime und den Reformern innerhalb des Regimes. Der Protest, der sich auch bei der Durchfahrt der DDR-Flüchtlinge aus Prag und Warschau⁶⁴ massiv manifestierte, hatte den Charakter einer Volksbewegung angenommen. Die sowjetischen Erklärungen, gegebenenfalls keine Waffenhilfe zu leisten, disziplinierten das Regime. Andererseits konnten die Dissidenten angesichts dieser Volksbewegung keine Kampagne zugunsten eines zweiten deut-

⁵⁸ Hans Modrow, Jahrgang 1928, SED-Funktionär, von 1973 bis 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, von 1989 bis 1990 Vorsitzender des DDR-Ministerrats.

⁵⁹ Markus Wolf (1923–2006), seit 1953 Leiter der Auslandsaufklärung (seit 1956 „Hauptverwaltung Aufklärung“) des Ministeriums für Staatssicherheit.

⁶⁰ Wolfgang Berghofer, Jahrgang 1943, FDJ- und SED-Funktionär, von 1986 bis 1990 Oberbürgermeister von Dresden.

⁶¹ Egon Krenz, Jahrgang 1937, FDJ- und SED-Funktionär, von 1973 bis 1981 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats, von 1983 bis 1989 Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, von Oktober bis Dezember 1989 Generalsekretär der SED.

⁶² Im Frühsommer 1989 demonstrierten Studenten friedlich für Demokratie und Freiheit auf dem Tienanmen-Platz (dem „Platz des Himmlischen Friedens“) in Peking; die Demonstration entwickelte sich zu einer wochenlang anhaltenden Protestbewegung großer Bevölkerungsteile, auch in anderen Städten. Sie wurde von chinesischen Kampftruppen am 3./4. 6. 1989 blutig niedergeschlagen.

⁶³ Gorbatschow hielt sich vom 6. bis zum 7. 10. 1989 an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation anlässlich der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR in Ost-Berlin auf.

⁶⁴ Im Sommer 1989 hatten ausreisewillige DDR-Bürger unter anderem in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau Zuflucht gefunden. Nach Verhandlungen der Bundesregierung durften diese Flüchtlinge in zwei Wellen, am 1. und am 4. 10. 1989 über das Gebiet der DDR in Zügen in die Bundesrepublik ausreisen. Am 4. 10. 1989 besetzten zur Ausreise verschlossene DDR-Bürger Gleise und Bahnhöfe entlang der Fahrtstrecke und versuchten die Züge zu stürmen.

schen, aber demokratischen Staates in Gang setzen, also einen Staat ohne SED-Regime.

Wentker:

In Anknüpfung an Ihre letzten Bemerkungen sollten wir den Blick nach Bonn richten. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede wiesen die BND-Beurteilungen mit denen anderer Einrichtungen auf? Welche Chancen hatte die BND-Berichterstattung, sich gegenüber den ganzen anderen Bonner Perzeptionen durchzusetzen?

Wieck:

Man muss von einem gespannten „Nicht-Verhältnis“ zwischen Bonn und Pullach ausgehen, das Jahrzehnte hindurch bestanden hat. Mehrere Faktoren bestimmten dieses Nicht-Verhältnis:

- Die Organisation Gehlen⁶⁵, die aus der Zusammenarbeit des früheren Chefs der Heeres-Aufklärung „Fremde Heere Ost“⁶⁶ und den US-Besatzungsstreitkräften und später der CIA⁶⁷ hervorgegangen war, wurde 1956 ohne eine systematische Reorganisation als Bundesnachrichtendienst übernommen und weitergeführt⁶⁸. Bonn vermutete auch nach Übernahme der Einrichtung als Bundesnachrichtendienst im Jahre 1956 weiterhin einen dominierenden Einfluss der USA auf den BND.
- Der BND blieb auch nach seiner Übernahme als Bundesoberbehörde in seinen Dienstgebäuden in Pullach. Daher konnte kein persönliches und dienstliches Vertrauensverhältnis zwischen den leitenden Männern in Bonn und in Pullach entstehen. Die führenden Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln waren in Bonn eingeführt und bekannt. Auf dieses Personalreservoir griff man häufig zurück, um Leitungspositionen in Pullach zu besetzen.
- Dem BND haftete der zum Teil berechtigte Verdacht an, dass er von sowjetischen und ostdeutschen Agenten unterlaufen sei. Zu diesem schlechten Ruf hatte der Fall Felfe⁶⁹ Anfang der sechziger Jahre beigetragen, aber auch US-Hinweise auf fehlende Wachsamkeit beim BND bzw. bei der Organisation Gehlen.
- Abgesehen vom militärischen Bereich, der über verschlüsselte Fernmeldeverbindungen unmittelbar mit der Bundeswehr und dem Bundesministerium der

⁶⁵ Die Organisation Gehlen wurde am 1. 4. 1946 von amerikanischen Besatzungsbehörden in der amerikanischen Zone aus deutschem Personal gebildet. Geleitet wurde sie von Reinhard Gehlen.

⁶⁶ Die Abteilung „Fremde Heere Ost“ war im Zweiten Weltkrieg ein dem Generalstab des Heeres unterstellt, ab 1942 von Reinhard Gehlen geführter militärischer Nachrichtendienst. Bedeutende Teile davon gingen in die „Organisation Gehlen“ über.

⁶⁷ Central Intelligence Agency, Auslandsnachrichtendienst der USA.

⁶⁸ Zur Vorgeschichte des BND vgl. Mary Ellen Reese, Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des Deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992.

⁶⁹ Heinz Felfe, Jahrgang 1918, spionierte seit 1950 für den KGB und war von 1951 zunächst in der Organisation Gehlen, ab 1956 im BND, zuletzt als Leiter des Referats Gegenspionage Sowjetunion, tätig. 1961 wurde er enttarnt, 1963 zu 14 Jahren Haft verurteilt; 1969 gelangte er im Rahmen eines Agententauschs nach Ost-Berlin.

Verteidigung verbunden war, wurde die Berichterstattung auf den anderen Fellen umständlich über Kuriere nach Bonn gebracht und kam in der Regel zu spät, um noch von Bedeutung für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung der Regierung zu sein.

- Bonn blieb dem BND gegenüber wegen des Umstandes misstrauisch, dass während der Gehlen-Jahre auch im eigenen Land Aufklärung gegen politische Parteien unternommen worden war.
- In allen wichtigen Aufklärungsbereichen – im Verhältnis zur Sowjetunion und zum Vorfeld – wurden die Bewertungen im Allianzbereich erarbeitet und dann von den Regierungen, also auch von der Bundesregierung, übernommen. Der BND trug zur Meinungsbildung bei der NATO in Brüssel direkt bei. Schrittweise weitete er – auf der Grundlage entsprechender Bedarfsanmeldungen der Bundesregierung – seine Berichterstattung auf andere Krisengebiete, vor allem im Nahen Osten, aus.

Bei den Immediatvorträgen, die von Zeit zu Zeit im kleinsten Kreis beim Bundeskanzler stattfanden, entwickelte sich selten ein vertiefendes Gespräch. In der Regel handelte es sich um Sachvorträge zur Entwicklung in der Sowjetunion und in der DDR. Es war wichtig für den Dienst zu wissen, dass seine Berichterstattung auch gelegentlich dem Kanzler vorgetragen worden war. Die entsprechenden Gespräche mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, waren immer dialogbestimmt, sachbezogen; die Gespräche mit dem Verteidigungsminister sachlich und problembezogen. Unmittelbare Kontakte mit den Bundesministern des Inneren und für Wirtschaft fanden nur selten statt und zwar aus gegebenem Anlass, zum Beispiel bei Geiselnahmen oder im Falle von kritischen Ausfuhren im Rüstungsbereich.

Die herrschende Meinung lässt sich mit der Wiedergabe eines Gespräches mit dem angesehenen liberalen Abgeordneten Burkhard Hirsch⁷⁰ belegen, eine Aussage, die auch dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt in den Mund gelegt wird: „Ich kann die Zeitung – insbesondere die Neue Zürcher Zeitung – aufschlagen, dann weiß ich, was in der Welt passiert. Der BND bringt darüber hinaus nichts Relevantes.“ Eine solche Aussage wirft eher ein bezeichnendes Bild auf die Kompetenz der Autoren in Sachen internationaler Entwicklungen denn auf die Nichtrelevanz oder Relevanz des Dienstes in Sachfragen der internationalen Entwicklungen. Denn was der Dienst berichtet, zeichnet sich ja nicht dadurch aus, dass man neue Namen erfindet, sondern dass etwas Aktuelles berichtet und bewertet wird, das auf der langjährigen Analyse des Landes, der in Frage stehenden Problematik und auf dem Austausch mit anderen geheimen Nachrichtendiensten beruht. Eine solche Berichterstattung soll verhindern, Entscheidungen auf unzureichende Grundlagen abzustützen, z. B. auf zweifelhafte Berichte von Emigranten über die Existenz von Massenvernichtungswaffen in einem anderen Land (z. B. Irak), also auf Berichte, deren Relevanz politisch überbewertet wurde.

⁷⁰ Burkhard Hirsch, Jahrgang 1930, FDP-Politiker, war Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1975 bis 1980 Innenminister von Nordrhein-Westfalen und von 1994 bis 1998 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Heute muss die Bundesregierung ständig in den Vereinten Nationen, im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Union zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in Fragen des Krisenmanagements in vielen Teilen der Erde beitragen, wo sie sich mit finanziellen Mitteln, mit politischem Prestige, mit Streitkräften, Polizeibeamten und Entwicklungsfachkräften und mit politischen Festlegungen engagiert und ihren Einfluss geltend macht. Die Bundesregierung muss aus eigenem Interesse ihre Entscheidungen auf so verlässliche Grundlagen wie nur möglich abstützen. Das können Zeitungen und Botschaftsberichte nicht gewährleisten. Ein Bericht des BND ist ja nicht eine einzelne Nachricht aus dem Nähkästchen des Herrn Putin oder Ulbricht oder Honecker, sondern ist eine Unterlage, die sich auf mehrere unabhängig voneinander bestehende Quellen und die Abstimmung mit den befreundeten Diensten abstützt. Es kommt also zu einer Einschätzung, bei der es z. B. heißen kann: Diese Einschätzung wird auch von amerikanischen Diensten mitgetragen, nicht aber von den Franzosen.

Das vom beiderseitigen Misstrauen getragene Nicht-Verhältnis Bonn–Pullach hatte wenig mit den beteiligten Personen zu tun, sondern vor allem mit der jahrzehntelang gehegten Auffassung, „dass der Dienst sowieso nichts tauge“. Es ist interessant zu registrieren, dass die ersten, die sich mit den auf Gallup-Umfragen abgestützten Lagebeurteilungen der DDR beschäftigten, die Mitglieder des Innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages waren. Für die mit DDR-Fragen befasste Abteilung im Bundeskanzleramt und die Ständige Vertretung in Ost-Berlin ging es fast ausschließlich um die Frage der „Erleichterungen für die Menschen in der DDR“ und die Konzessionen, die von westdeutscher Seite in diesen Fragen gemacht werden mussten. Die DDR-Abteilung suchte nicht das Gespräch mit dem BND – im Gegenteil, sie hielt ihn bewusst auf Distanz und hielt sich bedeckt. Unter keinen Umständen wollte man einen BND-Mann verdeckt in der Ständigen Vertretung beschäftigen. Der Umschwung in der Meinung und Haltung der Abteilung im Kanzleramt trat, so meine ich mich zu erinnern, nach dem Gorbatschow-Besuch in der DDR im Oktober 1989 ein.

Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher registrierten im persönlichen Gespräch die Ergebnisse der Gallup-Umfragen unter der DDR-Bevölkerung mit großem Interesse und stellten fest, dass dieses Ergebnis ihre Einschätzung der Haltung der großen Mehrheit der Bevölkerung in der DDR widerspiegeln. Der BND fügte bei diesen Analysen stets hinzu, dass die vier beteiligten Deutschland-Mächte, also auch die Sowjetunion, von der Notwendigkeit von Verhandlungen der vier Mächte mit einer wie auch immer gearteten Beteiligung der beiden Regierungen in Deutschland ausgehen. Schwierige Verhandlungen würden bevorstehen, zumal aus sowjetischer Sicht die Abrüstungsfragen im Verhältnis der Sowjetunion zu den USA und in Europa (Reduktion der konventionellen Streitkräfte in Europa auf die Verteidigungsfähigkeit) im Vordergrund standen. Die sich abzeichnende Volksbewegung in der DDR und die sich verschlechternde Wirtschaftslage der DDR würden allerdings auf eine rasche positive und wirtschaftlich zur Besserung führende Lösung drängen und in den internationalen Verhandlungen neue Prioritäten setzen können.

Feldmeyer:

Ich würde gern noch mal auf den Vortrag zurückgreifen, den Sie zur DDR aus der Sicht des BND 2004 im Institut für Zeitgeschichte gehalten haben⁷¹, und bitte um Nachsicht für einige Nachfragen. Warum hat die Bundesregierung nicht die Erkenntnisse der Geheimdienste – und damit ja auch die des BND – zur Grundlage ihrer Beurteilung gemacht, sondern die offiziellen, wie wir heute wissen, falschen Angaben der DDR? Das ist eine Frage, die man eigentlich an die Bundesregierung richten müsste. Aber ich frage in diesem Zusammenhang, welche Rolle hat das Thema im Verhältnis BND/Bundesregierung gespielt?

Wieck:

Der BND hat an den Beratungen der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR auch nicht als verdeckter Beobachter teilgenommen. Das war ein großes Defizit, da ja solche Verhandlungen Einblicke in die Hintergründe der Position der anderen Seite zulassen, z. B. in Gesprächen am Rande der Verhandlungen. Eine indirekte Teilnahme von geheimen Nachrichtendiensten ist auf dem internationalen Parkett üblich. Im Falle der Verhandlungen mit der DDR gab es das nicht – aus Gründen des Misstrauens der Bundesregierung gegenüber dem BND.

Der BND hat über die Verschlechterung der Wirtschaftslage berichtet; er hat sich nicht systematisch im kritischen Sinne mit den statistischen Angaben der DDR befasst – allenfalls im Einzelfall. Die Bundesregierung hat aber im tatsächlichen Leben die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse richtig gesehen und gegenüber der DDR Vorschläge gemacht, die an den Strukturschwächen der DDR etwas ändern sollten (Umweltpolitik; Absicherung von zwei der Währungsstabilität dienenden Bankenkrediten in Höhe von rund zwei Mrd. DM⁷²). Aber die Bundesregierung hat gezögert – aus Gründen der wahrscheinlichen Reaktion der Öffentlichkeit und der westlichen Verbündeten –, die Lage so düster zu zeichnen, wie sie eigentlich gezeichnet werden musste, weil dann die Frage der sofortigen substantiellen finanziellen Hilfe ohne politische Bedingungen oder aber die Möglichkeit des Ausschlusses der DDR aus dem EG-Kontext aufkommen konnte, oder die deutsche Frage selbst. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung – sowohl die CDU- als auch die SPD-geführte Regierung – aus verschiedenen Gründen gezögert, an die Öffentlichkeit heranzutreten. Immerhin, als die Mauer gefallen war, hat die Bundesregierung sich geweigert, der undemokratisch zustande gekommenen Regierung Modrow den erbetenen Kredit zu geben⁷³.

Feldmeyer:

Wenn ich etwas zuspitze: Die Bundesregierung hat sich seit 1969 quasi dazu verpflichtet, oder zumindest akzeptiert, ein von der DDR gemaltes Bild ihrer Wirk-

⁷¹ Vortrag „Die DDR aus der Sicht des BND 1985–1990“, gehalten am 20. 4. 2004.

⁷² Vgl. Fußnote 47.

⁷³ Bei seinen Treffen mit Kohl am 19. 12. 1989 in Dresden und am 13. 2. 1990 in Bonn bat Modrow um einen Kredit über 15 Mrd. DM.

lichkeit entgegenzunehmen und zur Grundlage ihrer eigenen Beurteilung der Lage im geteilten Deutschland zu machen, zumindest nach außen.

Wieck:

Ja.

Feldmeyer:

Intern war es nicht unbedingt so, sondern man wusste, es war wahrscheinlich schlechter, aber man wollte es nach außen nicht wahrhaben, um daraus keine Konsequenzen ziehen zu müssen.

Wieck:

Und man systematisierte die Erkenntnisse über die wirkliche wirtschaftliche und finanzielle Lage der DDR nicht.

Feldmeyer:

Warum war, wie Sie festgestellt haben, eine offene Diskussion der wirtschaftlichen Lage der DDR nur im NATO-Rahmen, also nicht innerhalb der Bundesregierung, möglich?

Wieck:

Im NATO-Rahmen gehörte die Befassung mit der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion und der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW⁷⁴) zu der Erarbeitung der geheimen Lagebeurteilung, die wiederum Grundlage der politischen Strategie und der militärischen Verteidigungsmaßnahmen des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten war. Für die militärischen Planer des Bündnisses war es wichtig zu ermitteln, ein wie hoher Prozentsatz des Bruttosozialprodukts – umgerechnet in Kaufkraft auf der Basis des US-Dollar – wirklich in der Sowjetunion und im Vorfeld für verteidigungsrelevante Aufwendungen aufgebracht wurde. Dazu musste man ein kompliziertes Verrechnungssystem entwickeln, das zuließ zu ermitteln, was der sowjetische Verteidigungsaufwand in westlichen Preisen kosten würde und welche Komponenten des gesamten Verteidigungsaufwands in der Sowjetunion in Wirklichkeit dem Verteidigungshaushalt zuzurechnen waren und damit den Gesamthaushalt und das Bruttosozialprodukt belasteten (Forschung, Entwicklung, Produktion, Beschaffung, Wartung, operative Kosten, Pensionen etc). Eine systematische Untersuchung über die Art und Weise, wie die manipulierten statistischen Ansätze im Statistischen Jahrbuch der DDR zustande kamen, wurde meines Erachtens erst nach der Wende unternommen. Im NATO-Kontext war nur das von den Medien aufmerksam angenommene jährliche Wirtschaftsforum mit Berichten über die wirtschaftliche Entwick-

⁷⁴ Der RGW war der wirtschaftliche Zusammenschluss der sozialistischen Staaten. Ihm gehörten die Sowjetunion, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei, die DDR, Kuba, die Mongolei, Vietnam und Albanien an.

lung des Ostblocks und über seine Rüstungsaufwendungen offen. Dabei gab es aber keinen besonderen Schwerpunkt DDR.

Feldmeyer:

Das kann doch nicht heißen, dass die Bundesregierung, die ja in allen NATO-Gremien präsent ist und einen Anspruch darauf hat, dass ihre Vertreter ihr auch die Lage berichten, auf den Erkenntnisgewinn, der sich an dieser Stelle – und zwar nur an dieser Stelle – ergibt, verzichtete?

Wieck:

Die Ressorts außer dem Verteidigungsministerium haben sich um diese Lagebeurteilungen eigentlich wenig gekümmert.

Feldmeyer:

Sie erwähnen, CDU und FDP wollten – und das ist ein Zitat aus ihrem Vortrag – „nicht zur Unzeit die deutsche Frage auf die Tagesordnung setzen müssen“. Meine Fragen: Ist der Begriff „Unzeit“ Ihnen gegenüber je definiert worden? Wissen Sie, welche Überlegungen im Hintergrund dieser Formulierungen standen? Und warum formulierten Sie in Ihrem Vortrag, die Bundesregierung wollte verhindern, die deutsche Frage zur Unzeit auf die Tagesordnung setzen zu müssen? Vor wem hatte sie, ich sage mal Angst, dazu gezwungen werden zu können, und was wollte sie damit vermeiden?

Wieck:

Mit dem Hinweis darauf, dass die CDU und die FDP die deutsche Frage nicht zur „Unzeit“ auf die internationale Tagesordnung setzen wollten, zitiere ich keinen ausdrücklichen Beschluss einer deutschen Partei, sondern fasse alle Überlegungen darüber zusammen, unter welchen Voraussetzungen die deutsche Frage im Sinne einer Wiedervereinigung oder Vereinigung würde gelöst werden können. Mit Bismarck möchte ich sagen, man muss das Aufkommen einer Möglichkeit zur Lösung einer umstrittenen Frage, eines von allen als Problem angesehenen Ziels einer Nation abwarten, aber sie dann entschlossen beim Schopfe ergreifen, wenn sie sich dann – meist unerwartet – auftut. Man kann das Zustandekommen dieser Möglichkeit nicht erzwingen, aber man kann vieles tun, um die Chancen für das Eröffnen einer solchen Möglichkeit zu verbessern oder das Auftun einer solchen Möglichkeit zu erschweren. Das glaubwürdige Offenhalten der deutschen Frage hat das Zustandekommen einer solchen Möglichkeit befördert. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die der getrennten Staatsangehörigkeit hätten die möglichen Öffnungen zu einer solchen Möglichkeit eher verschüttet.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung, aber auch andere Regierungen, über die Grundströmungen in der DDR-Bevölkerung zur deutschen Wiedervereinigung unterrichtet waren, hat die Bereitschaft zum Handeln befördert, als sich eine entsprechende Möglichkeit eröffnete, bzw. als sich die Notwendigkeit ergab, die Vereinigung hinzunehmen. Das internationale Ansehen der Bundesrepublik

Deutschland, das sich in den vierzig Jahren ihrer Existenz weltweit, aber auch europäbezogen und in Moskau selbst entwickelt hatte, gab den Ausschlag zugunsten der internationalen Unterstützung für diesen Prozess, als die Volksbewegung am 9. November 1989 die Mauer niederriss. Vor allem die USA und Russland waren disponiert zur Unterstützung des Vereinigungsprozesses, die europäischen Nachbarn Deutschlands zögerten, vor allem Paris und London.

Die DDR-Führung war nicht von vornherein dazu disponiert, wurde aber von der allgemeinen Volksbewegung zu einem „Runden Tisch“⁷⁵ gezwungen; die Dissidenten, die eigentlich einen zweiten deutschen demokratischen Staat anstrebten, mussten dem Grundstrom der Bevölkerung folgen, brachten aber später Vorschläge für Besonderheiten der neuen Bundesländer ein – zum Beispiel die Nichteinbeziehung der Bundesländer in die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Später fragten mich Mitarbeiter der Auslandsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit: „Herr Präsident, Sie müssen doch zugeben, dass wir besser waren als der BND!“ Ich antwortete: „Das weiß ich nicht, ob Sie methodisch oder mechanisch oder technologisch besser waren als der BND. Sie hatten natürlich leichtere Zugänge in der Bundesrepublik Deutschland, wo Sie sich überall einmischen und einnisteten konnten, anders als wir zu Ihrem geschlossenen System. Aber richtig gelegen haben Sie nicht, während wir richtig gelegen haben, sogar zum Leidwesen der Bundesregierung. Wir haben nämlich der Bundesregierung gesagt, dass die Bevölkerung in der DDR sich wie gefangen fühlt. Sie wollte die Vereinigung Deutschlands. Ist das nicht eine gute, solide Grundaussage für das, was sich dann am 9. November und schon davor abgespielt hat? Wir haben also nicht auf die Dissidenten gebaut, die zwei Deutschlands wollten. Wir haben nicht auf die Sowjetunion nach Ihrer Vorstellung gebaut, die unter allen Umständen das verhindern wollte, sondern auf eine Sowjetunion, die die Bundesrepublik Deutschland als wichtigstes Land in Europa ansah und ansieht – in der Phase der Teilung wie in der Zeit nach der Vereinigung.“ Nein, die deutsche Frage war nicht das Kernstück der sowjetischen Reformbewegung. Aber die sowjetische Reformbewegung hat die deutsche Frage nicht gestoppt oder unmöglich gemacht. Das entsprach unserer Analyse der sowjetischen Interessenlage. Man sagte vielmehr: Falls es zu einem vereinigten Deutschland kommt, dann sind wir an einem Tisch mit den anderen drei Deutschland-Mächten, wo man Einfluss auf den Prozess und das Ergebnis nehmen kann. Aber wir – die Sowjetunion – werden die Wiedervereinigung nicht ver- oder behindern.

Feldmeyer:

Die früh gewonnene Einsicht oder Beurteilung, dass der Status quo aus sowjetischer Sicht konditioniert ist mit der strategischen Grundentscheidung, die

⁷⁵ Einen „Runden Tisch“ hatten die oppositionellen Bürgerbewegungen zur Beratung und Kontrolle der DDR-Regierung gefordert. Am 7. 12. 1989 trat er unter Moderation von Kirchenvertretern zusammen. Je zur Hälfte waren daran Vertreter der „alten Kräfte“ und der neuen bzw. oppositionellen Parteien und Gruppen beteiligt.

damals herrschte und nicht ad infinitum fortbestehen würde, hat dem BND-Präsidenten den Blick geöffnet für die tatsächlich sich anbahrende Veränderung und für die Analyse, die Sie eben gegeben haben. Das wirft natürlich auch die interessante Frage auf, inwieweit die politischen Kräfte der alten Bundesrepublik zu denjenigen gehört haben, die nur auf die Zweier-Lösung hin fixiert waren und die Fähigkeit verloren oder ausgeschlossen hatten, die Option der Wiedervereinigung zu denken.

Wieck:

Ich will nur einen Satz dazu sagen: Die Frage der deutschen Einheit war in der alten Bundesrepublik „unpopulär“ geworden. Deshalb konnten Gedankenspiele mit einem vereinigten Europa auf der Basis zweier deutscher demokratischer Staaten praktiziert werden. Der Reformkurs von Gorbatschow mit der Freigabe des sowjetischen strategischen Vorfelds brachte auch die deutsche Frage auf die Tagesordnung. Die grundsätzliche Disponiertheit der Sowjetunion zu dieser strategischen Kurskorrektur eliminierte eine wichtige Grundannahme der Zwei-Staaten-Konzeption über die Sowjetunion – dass sie eben unter keinen Umständen das Vorfeld preisgeben würde.

Feldmeyer:

Sie teilten uns in Ihrem Vortrag mit, insbesondere in der entsprechenden Abteilung des Bundeskanzleramtes – das wäre ja dann die Abteilung 2 gewesen, oder meinten Sie konkret das Referat 22⁷⁶, das sich mit den Beziehungen zur DDR und mit dem innerdeutschen Ministerium zu befassen hatte? – und in der Ständigen Vertretung sei die Ansicht vertreten worden, in der DDR habe sich ein getrenntes Staatsbewusstsein entwickelt. Können Sie diese Aussage noch etwas konkretisieren? Wer war das in Bonn? Das waren ja Personen. Und wer war das in Ost-Berlin? Und wie stellten sich der damals zuständige Kanzleramtsminister und der Bundeskanzler zu dieser Bewertung? Teilten sie diese Bewertung? Wer war der Hauptexponent, wenn ich das so formulieren darf, dieser Beurteilung? Nahm das Auswärtige Amt damals Einfluss auf diese Sicht? Und wenn ja, wie?

Wieck:

Das sind jetzt natürlich Fragen, die sich auf das innere Gefüge der Bundesrepublik Deutschland, noch genauer auf das innere Gefüge des Kanzleramtes und seiner Abteilung 2, bzw. der Unterabteilung 22, beziehen, über die ich keine zuverlässigen Aussagen machen kann. Die Ständige Vertretung und auch die Deutschlandabteilung haben stets große Distanz zum BND gewahrt. Die mit diesen Fragen verantwortlich umgehenden Beamten waren stets auf die menschlichen Erleichterungen für DDR-Bewohner konzentriert in einer Gesamtlage, die sich in absehbarer Zeit – wenn überhaupt jemals – nicht ändern könne. Noch in einem

⁷⁶ Vgl. Fußnote 50.

Gespräch am 8. November 1989 bei den Vereinten Nationen, wo Herr Bräutigam⁷⁷, einer der Ständigen Vertreter der Bundesregierung in Ost-Berlin, als deutscher UN-Vertreter tätig war, hielt er eine Änderung der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage für ausgeschlossen. Dies lässt vermuten, dass ihm die dauerhafte, die völkerrechtlich verankerte Teilung Deutschlands aus gesamtstrategischen Gesichtspunkten als unvermeidbar erschien. Ihm und anderen erschien mit dem Aufschwung der Dissidenten-Bewegung eine Entwicklung in der DDR möglich, die zu einer „DDR mit einem menschlichen Gesicht“, vielleicht sogar einmal zu einer Demokratie führen könnte.

Das Auswärtige Amt hatte ja eigentlich keine Eigenkompetenz in der DDR-Frage, sondern nur eine Kompetenz in der Vier-Mächte-Frage. Es konnte sich zur inneren Entwicklung in der DDR nicht auf der Grundlage eigener systematischer Arbeit äußern. Die innerdeutschen Beziehungen waren sehr fixiert auf die Gefangenenträume und die Erleichterung der Reise- und Übersiedlermöglichkeiten für Bürger der DDR. Ein Gespräch ist mir in Erinnerung mit Herrn Detlef Kühn, dem Leiter des früheren Gesamtdeutschen Instituts⁷⁸. Herr Kühn erhielt die BND-Berichte über die Stimmungslage in der DDR zur Stellungnahme. Er sagte mir, er habe diese Berichte positiv bewertet. Das ist keine Überraschung, denn er traf die Menschen, die dem breiten Strom der unterschwelligen Meinungsbildung in der DDR zuzurechnen waren. DDR-Mandatsträger und andere Funktionäre durften ja nicht aus Familiengründen in den Westen reisen. Die Schwachstelle der Protagonisten bestand darin, dass sie die Bevölkerung und die Wirkung der Befreiung Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns vom sowjetischen Joch ausblendeten, schließlich auch die Wirkung der Ankündigung des Abzugs der sowjetischen Truppen aus der DDR. Was konnte von der DDR bleiben? Fast nichts. Aber das ist die BND-Sicht gewesen, vielleicht war es die Sicht des Hans-Georg Wieck, die dem BND vermittelt wurde. Das will ich nicht ausschließen. Die Menschen waren dort sehr dem tradierten Denken verhaftet, dass es realistischer sei, von der Existenz der DDR auszugehen und nicht von ihrem Verschwinden. Und dass es nicht zu erwarten sei, dass die Sowjetunion sich jemals verändern werde. Das ist ein unhistorisches Denken: Jede Generation mischt die vorhandenen Rahmenbedingungen neu.

Wentker:

Noch eine Sache, die jetzt vielleicht nicht so sehr die internationalen Beziehungen im Blick hat, sondern die Verhältnisse in der DDR. Dort hat es ja den bekannten Ausspruch gegeben von dem hochrangigen ZK-Mitarbeiter Otto Rein-

⁷⁷ Hans Otto Bräutigam, Jahrgang 1931, promovierter Jurist, war seit 1962 im Auswärtigen Amt, später im Bundeskanzleramt, von 1982 bis 1989 Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, von 1989 bis 1990 UN-Botschafter, von 1990 bis 1998 Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten in Brandenburg.

⁷⁸ Detlef Kühn, Jahrgang 1936, Jurist, FDP-Mitglied, war von 1970 bis 1972 im Bundesinnenministerium und von 1972 bis 1991 Präsident des Gesamtdeutschen Instituts.

hold, der sinngemäß vor dem Fall der Mauer gesagt hat: „Die DDR wird entweder sozialistisch sein oder gar nicht sein.“⁷⁹ Womit er ja Recht hatte.

Wieck:

Ja.

Wentker:

Das heißt, da war ja doch letztlich auch für die Beobachter im Westen klar: Es kann eine reformierte DDR, so wie sich das einige eben vorstellen, doch gar nicht geben. Das hätte doch auch von jemandem wie Herrn Bräutigam oder anderen gesehen werden müssen.

Wieck:

So weit sind sie nicht vorgestoßen. Sie konnten sich eine DDR ohne sowjetische Truppen als ein Denkmodell nicht vorstellen. Die Sowjetunion würde da nie weggehen. Ich brauchte mich deshalb nicht mit der Frage zu beschäftigen, was passiert, wenn die Sowjetunion aus der DDR ihre Truppen zurückzieht. Während meine kleine einfache Befragungsaktion schon klar gemacht hatte, wenn wir die Sowjets weghaben, dann verschwindet das DDR-System im gleichen Atemzuge. Und wir kommen an die Brotkörbe. Die DDR war ein Artefakt von Umständen und nicht ein lebensfähiges Eigenwesen, wenn alle anderen drum herum eine freie Wahl haben. Ich gehe jetzt ein Stück weiter und sage, Deutschland versuchte – auch Westdeutschland – aus der Geschichte zu fliehen. Das Umfeld lässt uns nicht. Nicht in dem Sinne, dass es uns in das Gefängnis von 1945 zurücktreibt, aber in dem Sinne, dass es uns aus dem geistigen Gefängnis herausführt, und wir dann wie die anderen auf dem europäischen Kontinent leben – mit der Bevölkerung von rund 80 Millionen Menschen, einem demokratischen Staats- und Rechtswesen, einer sozialen Marktwirtschaft und mit dem Gewicht, das ein solches Land einbringen kann, ohne sich ständig nach links und rechts verbeugen oder entschuldigen zu müssen. Der US-Präsident Reagan rief den Sowjetführer Gorbatschow auf: „Machen Sie die Mauer auf“⁸⁰! Es geschah – mit zeitlichem Abstand

⁷⁹ Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, sagte am 19. 8. 1989: „Anders die DDR. Sie ist nur als antifaschistische, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine. Nur wenn wir diese Tatsache immer vor Augen haben, wird klar erkennbar, wie wichtig für uns eine Gesellschaftsstrategie ist, die kompromißlos auf die Festigung der sozialistischen Ordnung gerichtet ist.“ Zit. nach Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt*, Köln 1991, S. 57.

⁸⁰ Ronald Reagan wandte sich am 12. 6. 1987 in einer Rede vor dem Brandenburger Tor mit folgenden Worten an Gorbatschow: “General Secretary Gorbachev, if you seek peace, if you seek prosperity for the Soviet Union and Eastern Europe, if you seek liberalization: Come here to this gate! Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!” Zit. nach Helmut Trotzow/Florian Weiß (Hrsg.), *Tear down this Wall. US-Präsident Reagan vor dem Brandenburger Tor, 12. Juni 1987 (Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung)*, Berlin 2007, S. 219.

und nicht auf Weisung des sowjetischen Staatspräsidenten. Der Fall der Mauer machte den Frieden in Europa und den umfassenden Einigungsprozess möglich.

Feldmeyer:

Bei Ihrem Dienstantritt in München hatten Sie 1985, wie Sie berichtet haben, den Eindruck, dass die DDR-Auswertung im BND sehr stark von der Doktrin vom Wandel durch Annäherung vorbestimmt sei und dass in dieses Konzept Einiugungsbestrebungen der Bevölkerung auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze nicht hineinpassten. Welche konkreten Beobachtungen, Aussagen oder sonstigen Eindrücke liegen dieser Aussage zugrunde?

Wieck:

Dieser im BND (Auswertung DDR) vorherrschenden Auffassung lag die Beobachtung zugrunde, dass Bevölkerung und Staatsführung in der DDR im Vergleich mit den anderen RGW-Staaten ein hohes Selbstwertgefühl hatten. Sie nahmen für sich in Anspruch, alle relevanten Bestandteile eines modernen Staates zu besitzen, seien es die Institutionen des Staates, der Gesellschaft (Gewerkschaften, Frauenverbände) und des Sports. Bei bedeutenden sportlichen Ergebnissen in aller Welt konnte sich der Staat im Lichte seiner Erfolge darstellen und Ansehen gewinnen. Er verdrängte die demokratischen Defizite – die Opposition musste sich unter den Schutz der Kirchen stellen – und das schwerwiegende Defizit der fehlenden eigenen Nation. Die von mir reklamierte Relativierung des DDR-Staatsbewusstseins hatte ihren Ursprung, ihre Grundlage in Faktoren, die außerhalb des Beobachtungsfeldes der DDR-Auswerter lagen! Sie konzentrierten sich voll und ganz auf das Phänomen der DDR, wie es sich ihnen darstellte, ohne die Hintergründe auszuleuchten und das Sichtbare zu relativieren.

Die Spannungen zwischen DDR und Sowjetunion waren immer relativer Natur, aber nie prinzipieller Natur. Die Gegensätze prinzipieller Art entwickelten sich erst im Zusammenhang mit der von Gorbatschow eingeleiteten Reformpolitik, sie waren in nuce in der strategischen Reflektion stets ein mitschwingender Faktor!

Feldmeyer:

Die Frage nach den möglichen NPD-Propagandisten bei den 89er Demonstrationen in der DDR ist ja schon aufgegriffen worden. Darf ich da noch mal nachfragen? Sie sagten, diese Anfrage sei aus Bonn gekommen.

Wieck:

Aus dem Kanzleramt – auf der Arbeitsebene!

Feldmeyer:

Sie sagten auch, die Ständige Vertretung habe die Lage offenkundig anders eingeschätzt als der BND. Was meinten Sie mit dieser Anmerkung, wollte ich Sie fragen. Das hat sich jetzt aus dem, was Sie gesagt haben, glaube ich schon, weitgehend ergeben. Dann möchte ich noch zu einer anderen Frage übergehen: Sie erwähnten unterschiedliche Beurteilungen in Bezug auf das Meinungsbild zur

Einheit oder „bessere-DDR-Schaffen“ und auf die Frage der Umsiedleranträge, wo BND und SED von 500 000 Anträgen wussten, die Kirche aber von 50 000 sprach, und Sie weisen schließlich darauf hin, dass der BND aus den deutsch-deutschen Gesprächen ausgeschlossen war. Hat dies eine gemeinsame Wurzel, etwa eine politische Zielsetzung in Bezug auf die Beibehaltung der Teilung? Und die Befürchtung, der BND könnte unerwünschte Erkenntnisse beisteuern?

Wieck:

Normalerweise wird der Geheimdienst bei der Vorbereitung von Verhandlungspositionen beteiligt. Im Falle von DDR-Verhandlungen wurde auf strikte Abschirmung gegenüber dem BND Wert gelegt, um störenden Einflüssen nicht ausgesetzt zu sein. Um den Abfluss eventueller Gespräche zwischen Regierung und BND nicht über Spione, die man im BND wünschte, aber nicht bei sich im Kanzleramt, zu vermeiden – ein weiteres Beispiel des dem damaligen deutschen Regierungssystem inhärenten Misstrauens gegenüber dem Dienst.

Feldmeyer:

Die Stimmung der DDR-Bevölkerung war dem BND bei Ihrer Amtsübernahme ja, wie gesagt, nur punktuell bekannt. Sie führten als erster eine systematische Befragung ein und sie zeigte, dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Wiedervereinigung wollte und die DDR-Staatsbürgerschaft ablehnte. Mich hat diese Aussage sehr gewundert. Wie erklären Sie sich dieses schwere Versäumnis Ihrer Vorgänger, die diese Befragung nicht durchgeführt hatten? Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass diese Umfragen wegen der sich dann ja auch einstellenden Erkenntnisse nicht erwünscht waren, weil man eben diese Erkenntnisse befürchtete, die der eigenen Politik, die auf eine Koexistenz mit der DDR zielte und ein möglichst spannungsfreies Verhältnis, zuwider gelaufen wären?

Wieck:

Wahrscheinlich hat die jahrzehntelange Beschäftigung mit den verschiedenen Aspekten der deutschen Frage und die persönliche Begegnung mit vielen Menschen in der DDR – bei Durchreisen aus der Sowjetunion – meine Neugierde angeheizt, hinter die Kulissen zu schauen, die uns präsentiert wurden. Tatsächlich war ich schockiert, als mir die Bewertung der DDR aus der Sicht des BND vorgetragen wurde, und ich suchte nach Mitteln, diese Beurteilung in Frage zu stellen – nicht mit persönlichen Eindrücken, sondern mit einer fundierten Antwort. Ich sagte mir auch, dass dies wohl eine Aufgabe des BND sei, weil ja sonst keiner verdeckt Befragungen durchführen kann. Die alliierten Militärmisionen⁸¹ und die alliierten

⁸¹ Die Einrichtung von Militärmisionen wurde im Rahmen der Europäischen Beratenden Kommission vor Ende des Zweiten Weltkriegs beschlossen. Sie sollten ursprünglich die reibungslose Kommunikation zwischen Vertretern der drei Westmächte und der Sowjetunion sichern; de facto hatten sie aufklärerische Aufgaben. Offizieller Dienstsitz der westlichen Militärmisionen in der SBZ/DDR war Potsdam; die sowjetischen Militärmisionen waren in Frankfurt a. M., Bünde und Baden-Baden stationiert. Sie bestanden bis 1990.

Botschaften in der DDR hatten vor allem Interesse an substantiellen Erkenntnissen über die sowjetischen Streitkräfte und an bilateralen Fragen, aber keinerlei Interesse daran, jetzt zu ermitteln, wie die DDR-Bevölkerung über die Vereinigungsfrage denkt, sondern allenfalls daran, ob es zu einer Aufstandssituation kommen könnte, eine Fragestellung, die im NATO-Rahmen für den ganzen Warschauer-Pakt-Bereich immer wieder gestellt wurde.

Feldmeyer:

Nachdem Ihre Erkenntnisse nach Bonn und nach Ostberlin an die Ständige Vertretung gemeldet worden waren, da gab es ja zunächst ein Zögern, sich darauf einzulassen, mit der Begründung mangelnder wissenschaftlicher Systematik. Gab es, nachdem sich die Ergebnisse im Halbjahresrhythmus bestätigten und damit auch als seriös erwiesen, eine differenzierte Reaktion darauf? Es ist ja möglich, dass es Leute gegeben hat, die sich darüber gefreut haben, und andere, die gesagt haben, da haben wir ein Problem. Wie war die Reaktion?

Wieck:

Die zunächst skeptische Reaktion wandelte sich im Wege der Gewöhnung zur positiven Rezeption. Man gewöhnte sich an die Ergebnisse und nahm sie dann so, wie sie sind. Auch Bundeskanzler Kohl erwähnt diese Berichte in dem zweiten Band seiner Memoiren⁸². Die friedlichen Demonstrationen in der DDR kreisten in ihren Forderungen nicht nur, was man erwartet hatte, um Ausreisemöglichkeiten und Humanisierung des Systems, sondern plötzlich auch um die nationale Frage. Für die Empfänger der Umfrageergebnisse war das allerdings keine Überraschung.

Feldmeyer:

Sie erwähnten, dass der Innerdeutsche Ausschuß des Bundestages „Hoppla“ gesagt hat, also aufgehorcht hat, was ja eine positive Reaktion einschließt auf den Befund; war das in der Ständigen Vertretung, war das im Kanzleramt anders?

Wieck:

Kanzler und Außenminister haben im persönlichen Gespräch die Berichte über die Meinungsumfragen positiv aufgenommen – als eine Bestätigung ihrer eigenen Einschätzung. Der Kanzler bezog sich auf die von seiner Frau bei Reisen in die DDR gewonnenen Eindrücke, der Außenminister auf seine Gespräche mit Hallensern, also mit Bürgern aus seiner Heimatstadt. Und der Innerdeutsche Ausschuß sagt: „Ja, das ist das, was wir, wenn wir da reisen, auch sehen.“ Ich sagte: „Das weiß ich.“ Aber mit dem punktuell gewonnenen Eindruck kann man keine Erkenntnisse begründen. Dazu braucht man eine Mindestzahl von Befragten und die Wiederholung derselben Fragestellung in gewissen Zeitabständen.

⁸² Vgl. Kohl, Erinnerungen 1982–1990, S. 318.

Feldmeyer:

Als Sie diese Fakten vorlegten, da gab es die beschriebene Situation auf der politischen Ebene und es gab, wie aus Ihrer Rede hervorgeht, die Reaktion der Fachebene im BND, die sich nicht vorstellen konnte, dass das kommunistische Zwangssystem sozusagen seine eigene Abschaffung hinnehmen würde. Kann man das so zusammenfassen: Ihre Befunde stießen auf Ungläubigkeit im eigenen Haus, weil die aufgrund ihrer Jahrzehntelangen Erfahrungen sich das Ende des Systems nicht mehr vorstellen konnten? Aber auch die politische Ebene war nicht begeistert, um es vorsichtig zu formulieren, weil diese Erkenntnisse keine Bestätigung dessen bedeuteten, was sie zur Grundlage Ihrer eigenen operativen Politik gemacht hatten?

Wieck:

Ja. Das ist wohl so gewesen. Der Schlüssel zum Verständnis für die Veränderung war die Vorstellungswelt von Gorbatschow, einschließlich der Analyse der Lage seines eigenen Landes. Gorbatschow stellt in Frage, weil er etwas anderes wollte – nämlich die Beseitigung des Antagonismus mit den USA und die Beseitigung des Zugzwangs zur Intervention nach der Breschnew-Doktrin in Ostmitteleuropa. Dazu gehörte auch die DDR, aber wegen der fortbestehenden Viermächte-Verantwortung und -Rechte in Deutschland in einer anderen Weise.

Feldmeyer:

Wiedervereinigung war in Bonn nun kein Tabu mehr.

Wieck:

Ich will mal so sagen, die Wiedervereinigung war auch nach dem Mauerfall immer noch mit sehr hohen Risiken versehen.

Feldmeyer:

In der Beurteilung.

Wieck:

Nicht nur in der Beurteilung der Lage. Es gab auch reale Gefahren – die des ungeplanten Schusswechsels oder der gewaltsaften Demonstrationen gegen sowjetische Installationen. Worüber haben sich Gorbatschow und Kohl nach dem Mauerfall am Telefon unterhalten? Natürlich über die Frage, wie man Gewaltanwendung in dieser labilen Zeit verhindern könne. Das war die entscheidende Frage. In den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte wurde ein Aufsatz über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen 1953 und 1989 veröffentlicht⁸³, ein Aufsatz, den man auch immer wieder mal lesen muss. In diese Sorge, dass diese Sache kippen und daraus ein militärischer Konflikt entstehen könnte, drückte sich auch die Sorge um den zukünftigen Kurs Deutschlands im europäi-

⁸³ Vgl. Walter Süß, Von der Ohnmacht des Volkes zur Resignation der Mächtigen. Ein Vergleich des Aufstandes in der DDR 1953 mit der Revolution von 1989, in: VfZ 52 (2004), S. 441–477.

schen Kontext aus. Welche Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Mächte in Europa mussten erwartet oder befürchtet werden?

Feldmeyer:

Gab es so was wie einen mentalen Vorbehalt gegenüber der Einheit, denn die Einheit bedeutete die Rückkehr in die Kontinuität der Geschichte?

Wieck:

Ja. Aber der Weg führte über sehr dünnes Eis. Mitterrand und Gorbatschow, die sich zu besonderen Gesprächen trafen, hatten in dieser Hinsicht gemeinsame Interessen, teilten gemeinsame Sorgen. Jetzt komme ich auf den Eingangspunkt, den ich gemacht habe, zurück: Im Rahmen des Reformprozesses hatte die Sowjetunion auf eher langwierige Vierer-Verhandlungen mit deutscher Beteiligung über Deutschland gebaut – keine unrealistische Erwartung. Und dann kam es anders. Am 9. November 1989 fiel die Mauer – als Folge einer nicht vorgesehenen Interpretation des Politbüro-Beschlusses vom gleichen Tage über eine neue Ausreiseregelung. Die SED hatte die Kontrolle über das Land und seine Bewohner verloren. Die Teilung Deutschlands war de facto auf friedlichem Wege beendet worden – im Wege der normativen Kraft des Faktischen. Die Vier-Mächte-Verhandlungen mit zwei deutschen Regierungen hatten nur noch die Bedeutung einer Verhandlung über den Abwicklungsvertrag für die bisherigen Rechte der vier Mächte in Deutschland.

Feldmeyer:

Also kam es in der DDR zum gewaltfreien Kollaps. Das glückliche Ende war gewaltfrei, sonst wäre alles schiefgelaufen.

Wieck:

So ist es. Dazu hat die strategische Entscheidung der sowjetischen Führung, auf Gewaltanwendung zur Unterstützung der sozialistischen Regime in Ostmitteleuropa, einschließlich der DDR, zu verzichten, in ihrem eigenen Interesse den entscheidenden Beitrag geleistet.